

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

7 (22.3.1946)



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lamstraße 1 b bis 5, Telefon 4051 bis 4053. - Bezirksausgaben für Pforzheim (Eberstadtstr. Nr. 18 und Bruchsal (Schönbornstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Freitag, 22. März 1946

Nummer 7

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Nonpareillezeile RM 2.-, in den Bezirksausgaben RM 1.-, Amtliche Anzeigen jew. die Hälfte.

Pressekonferenzen in Stuttgart: Für wirtschaftliche Einheit Deutschlands

Wahlverfahren - Verfassungsentwurf - Keine Aenderung der Fettrationen - Zuckerzuteilung

Von unserem Stuttgarter No-Berichterstatler

Stuttgart, 21. März. In der Pressekonferenz im Staatsministerium kündigte Minister a. D. Keil an, daß am kommenden Mittwoch die vorläufige Volksvertretung wieder zu einer Sitzung zusammentritt. Auf der Tagesordnung ist das Problem der „wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“ gesetzt. Hierüber wird Ministerpräsident Dr. Mayer referieren. Es darf angenommen werden, daß er in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die Frage des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes eingehen wird. Im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten wird gemäß einer Vereinbarung, die im ständigen Ausschuß der vorläufigen Volksvertretung geprüft wurde, Minister Keil namens sämtlicher Abgeordneten eine Erklärung verlesen. Württemberg-Baden wird sich mit dieser Kundgebung dem Vorbild Groß-Hessens anschließen. Der Ministerpräsident wies die Pressevertreter vor allem darauf hin, daß diese Kundgebung keinen unpolitischen Akt bedeute, sondern einen Appell nach innen. Es gehe also darum, was wir zu tun haben, um die wirtschaftliche Einheit vorzubereiten bzw. einstweilen im Rahmen der Möglichkeiten zu verwirklichen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wird der Verfassungsentwurf (Landrat von Ludwigshafen) und eines Gemeindevertrags (Landrat von Ludwigshafen) zur Erörterung eines selbständigen Landwirtschaftsministeriums behandelt werden.

Die Klausel, daß nur diejenigen Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die insgesamt mindestens 10 v. H. aller gültigen Stimmen auf sich zu vereinigen vermochten, wurde beibehalten. Dagegen wurde im Einverständnis mit Minister Ulrich, die in dessen ursprünglichem Entwurf enthaltene Bestimmung fallen gelassen, daß die Zuteilung der Sitze außerhalb von der Erreichung der sogenannten „Wahlzahl“ in mindestens einem Wahlkreis abhängig gemacht werden sollte. Besonders bemerkenswert ist folgendes: Der Referent hatte vorgeschlagen, daß es den Ländern ermöglicht werden sollte, auf den Wahlvorschlägen der Parteien einen Kandidaten besonders zu bezeichnen. Dieser Vorschlag wurde auch die Zustimmung Minister Ulrichs. Er wurde aber vom Verfassungsausschuß abgelehnt. Nach dem Vorschlag des Verfassungsausschusses wird also die Abstimmung nur rein für die einzelnen Listen erfolgen können, und der Wähler hat keine Möglichkeit, die Persönlichkeit hervorzuheben, der er sein besonderes Vertrauen schenkt. Mir scheint dies bedauerlich, gerade wenn weitgehende Vorkehrungen gegen die Bildung von Spitzgruppen getroffen werden. Wenn also die Vielfalt der Meinungen in wenigen großen Parteien sich zusammenfassen muß, müßte die Wahlerschaft die Möglichkeit haben, innerhalb der einzelnen Parteien sich für diejenige Gruppe bzw. Persönlichkeit speziell zu entscheiden, der sie ihr besonderes Vertrauen entgegenbringt. Demokratie heißt „Volksheerrschaft“. Das vom Verfassungsausschuß vorgeschene Verfahren beschränkt den Einfluß des Volkes zu Gunsten einer ausschlaggebenden Befugnis der Parteivertreter.

Der Verfassungsausschuß wird sich nunmehr der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs zuwenden. Zunächst wird hierüber eine allgemeine Aussprache stattfinden, die am 5. April durch ein Referat von Staatsrat Schmelz-Übungen eingeleitet werden wird. Der Entwurf wird dann, ebenso wie der jetzt fertiggestellte Wahlrechtentwurf, an das Kabinett gehen und von diesem der amerikanischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. In der Pressekonferenz des Landesrats wurde zur Ernährungsfrage mitgeteilt, daß die Fettrationen voraussichtlich in den nächsten zwei bis drei Perioden keine Änderungen erfahren werden. Von der kommenden Periode ab ist mit einer mehrmaligen Zuteilung von je 125 Gramm Zucker pro Person zu rechnen. Die Zuteilung einer größeren Zuckermenge für Einmachzucker ist kaum zu ermöglichen, obwohl die Versorgungslage in Zucker voraussichtlich durch eine größere Lieferung aus der russischen Zone im Austausch gegen eine Abgabe von Zucht- und Schlachtvieh eine Besserung erfahren wird. Die russische Zone wird an die amerikanische Zone voraussichtlich 10 000 Tonnen Zucker und 5000 Tonnen Melasse abgeben. Am 17. März ist der erste Baumwollampfer in Bremen eingetroffen. Die Ladung beträgt ca. 20 000 Ballen. Die ersten Züge mit Baumwolle werden voraussichtlich nächste Woche in Bayern und Württemberg eintreffen. Die Baumwolle wird vor allem für Erntebündel und für Säcke verwendet werden. Es werden mehrere Millionen Säcke angeteilt werden. Der sozialpolitische Ausschuß des Landrats wird demnächst zusammenzutreten und sich mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. Aenderung der Sozialversicherung.
2. Ausarbeitung einer vorläufigen Betriebsratsordnung, wobei die Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den Betrieben noch erwohnen wird.
3. Arbeitsgerichtsbarkeit.
4. Schlichtungsordnung.

Die iranische Frage

Anträge vor dem Welticherheitsrat

Washington, 21. März (DANA). Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, erhielt Mittwoch einen Antrag der Sowjetunion, die für nächsten Montag angesetzte Sitzung des Welticherheitsrats um 16 Tage zu verschieben. In der russischen Note wird als Grund des Antrages angeführt, die Sowjetregierung habe nicht angenommen, daß die iranische Frage zur Sprache gebracht werde, da Verhandlungen zwischen Rußland und dem Iran im Gange sind. Sängungsgemäß ist nicht ausgeschlossen, daß die Sitzung des Rates verschoben wird. Gleichzeitig beantragte der amerikanische Delegierte Stettinius, die Iran-Frage als ersten Punkt auf die Tagesordnung des Rates zu setzen. Stettinius erklärte, er werde im Sicherheitsrat beantragen, daß dem Rat über die Verhandlungen zwischen Rußland und dem Iran laufend Bericht erstattet wird. Der Rat hatte sich bei den Londoner Verhandlungen im Januar das Recht vorbehalten, derartige Berichterstattungen zu fordern. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, hielt, wie die AP aus Washington berichtet, eine Presse-

konferenz ab, in der er erneut ankündigte, daß in der auf Montag anberaumten Sitzung des Sicherheitsrates die iranische Frage zur Sprache kommen wird. Der erste Sekretär der iranischen Botschaft gab einer AP-Meldung zufolge bekannt, daß Iran dem Generalsekretär der UNO Trygve Lie am Montagabend eine Beschwerde über die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Iran übergeben hat. Wie INS meldet, hat der iranische Botschafter in Washington Hussein Ala auf Anweisung des iranischen Ministerpräsidenten Quavam Sultaneh gehandelt. Ala wird mit Loy Henderson, dem Direktor der Abteilung Fernost im amerikanischen Außenministerium, Besprechungen abhalten und danach Außenminister Byrnes amtliche Mitteilung über seine Instruktionen sowie über das Ergebnis der Besprechung mit Henderson machen. Aus London funkt die DANA: Der neue sowjetische Botschafter in Iran überreichte dem iranischen Ministerpräsidenten Sultaneh ein neues Schreiben. Der Ministerpräsident briefte daraufhin — britischen Blättermeldungen zufolge — Donnerstag das iranische Kabinett zu einer außerordentlichen Sitzung ein.

Neue Sowjetregierung

Kalinin zurückgetreten

Moskau, 21. März. (DANA) Union-Sowjet und Nationalitäten-Sowjet der UdSSR wählten, wie Reuter meldet, am Dienstag in gemeinsamer Sitzung das Präsidium des Obersten Sowjet der Sowjetunion sowie das Präsidium des Ministerrats der Sowjetunion. Als Nachfolger von Michael Iwanowitsch Kalinin, der sein Amt aus Gesundheitsrückgründen niedergelegt, wurde Nikolai M. Schewernik zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet gewählt, zum Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjet der Abgeordnete Gorkin. Außerdem erfolgte entsprechend der Zahl der Unionsrepubliken die Wahl von 16 Stellvertretern des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet und 15 Mitgliedern des Präsidiums. Der Oberste Sowjet billigte einstimmig die von Generalissimus Stalin vorgeschlagene Zusammensetzung des Ministerrates der Sowjetunion. Stalin wurde als Vorsitzender des Ministerrates und Minister für die Streitkräfte der Sowjetunion, W. Molotow als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und Minister für auswärtige Angelegenheiten bestätigt. Zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates wurden ernannt: Berija, Andrejew, Mikojan, Kossygin, Womessenski, Woroschilow und Kaganowitsch. Mikojan wurde gleichzeitig zum Minister für Außenhandel und Kanagowitsch zum Minister für die Baustoffindustrie ernannt. Auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wurde Stalin als Generalsekretär des Komitees bestätigt.

Kabinettsrücktritt in Sofia

Sofia, 21. März. (AP) Das bulgarische Kabinett ist Mittwochabend zurückgetreten und wird dem Parlament heute seinen Rücktritt bekanntgeben.

DANA funkt Aus aller Welt

New York. „Die Völker der Vereinigten Staaten und Rußlands wünschen keinen Krieg“, erklärte der frühere amerikanische Innenminister Ickes auf einer Massenversammlung der Vereinigung für amerikanisch-sowjetische Freundschaft. „Ohne Zusammenarbeit und Verständigung zwischen diesen beiden großen Völkern kann es keinen Weltfrieden geben.“

New York. In einer Rede trat der Handelsminister der Vereinigten Staaten Henry Wallace für die Festigung der sowjetisch-amerikanischen Freundschaft ein und forderte besondere Anstrengungen zur Lösung der strittigen Fragen durch eine Besprechung zwischen amerikanischen und sowjetischen Staatsministern.

New York. Die Columbia-Universität ernannte Winston Churchill zum Ehrendoktor der Rechte.

London. Die iranische Regierung wird die Frage der Ölkonkessionen nicht vor dem Wahlen behandeln, die erst dann abgehalten werden können, wenn alle ausländischen Truppen das iranische Gebiet verlassen haben“, heißt es in einer Erklärung eines Sprechers des britischen Außenministeriums.

London. Die griechischen Wahlen müssen trotz aller Einwände zum festgesetzten Termin am 31. März abgehalten werden, erklärte ein Sprecher des britischen Außenamts.

Rom. Das italienische Königshaus billigt die Durchführung einer Volksabstimmung über die Frage: Republik oder Monarchie, teilte der italienische Statthalter Prinz Umberto dem Ministerpräsidenten De Gasperi mit.

Moskau. Radio Moskau meldet: Der Oberste Sowjet nahm auf Vorschlag des stellv. Vorsitzenden Shvernik einstimmig eine Entscheidung an, durch die die Volkskommissare in „Minister“ und „Ministerrat“ der Sowjetunion umbenannt werden.

Ankara. Zwischen der Türkei und dem Irak ist ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden.

Teheran. An der iranisch-irakischen Grenze brach eine Revolte der Kurden aus. Es kam zu Kämpfen zwischen 3000 Aufständischen und den Garnisonen von drei persischen Städten.

Tschungking. Nach Abmarsch der Sowjettruppen haben kommunistische Streitkräfte die Städte Tieling, Kaiyuan und Changtu nordöstlich von Mukden besetzt. Die Hauptstadt der Liaopen-Provinz ist eingeschlossen. Chinesische Regierungstruppen befinden sich im Anmarsch auf Szeppingai.

Letzte Neuigkeiten

Washington, 22. März (DANA). Präsident Truman erklärte, wie Reuter meldet, in einer Pressekonferenz am 21. März, daß die für den kommenden Montag anberaumte Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht verschoben würde und daß die Regierung der Vereinten Nationen den sowjetischen Vorschlag, die Tagung erst in 16 Tagen stattfinden zu lassen, ablehne. Wenn der sowjetische Botschafter sich wegen der Verschiebung dieser Sitzung an ihn wenden würde, sagte Präsident Truman, werde er ihm den Standpunkt der Vereinten Staaten darlegen. Präsident Truman fügte hinzu, daß der Botschafter bisher keine Unterredung nachgesucht habe.

Berlin, 22. März (DANA). Nach amtlichen Schätzungen wird die deutsche Getreideernte in diesem Jahr fast 90% der Durchschnittsernte betragen.

Kabinet Spaak zurückgetreten

Brüssel, 21. März (DANA). Die am 11. März gebildete neue belgische Regierung Spaak ist am Mittwoch nach Ablehnung des geforderten Vertrauensvotums durch die belgische Kammer zurückgetreten. Die Ablehnung erfolgte mit 90 gegen 89 Stimmen bei 15 Enthaltungen. Die Sozialisten und Kommunisten stimmten für das Vertrauensvotum. Die Christlich-Sozialen stimmten gegen Spaak und die Liberalen enthielten sich der Stimme.

Nürnberger Prozeß: Göring leugnet, so lange er kann

Nürnberg, 21. März (DANA).

In der Montag-Morgenitzung erklärte Göring, daß Deutschland keine Angriffspläne gegen die Vereinigten Staaten gehabt habe, da ein Angriff auf Amerika wegen des „bedauerlichen Mangels“ an Bomben und wegen des Mangels an Schiffsraum praktisch unmöglich gewesen sei. Ribbentrop habe keinen maßgeblichen Einfluß auf Hitler gehabt, so führte Göring weiter aus, wenn Hitler etwas für richtig gehalten habe, so sei es für Ribbentrop oder jeden anderen unmöglich gewesen, ihn davon abzubringen. Der einzige, der überhaupt je Einfluß auf Hitler gehabt und ihn auch am besten gekannt habe, sei er selbst gewesen. Hitler hatte Ribbentrop ausdrücklich unterstellt, erklärte Göring ferner, das deutsche Memorandum an Polen vom August 1939 aus dem Hitler zu gehen. Hitler habe nicht gewußt, daß er gleichfalls im Besitz des Memorandums war. Ohne den Willen und ohne Wissen des Führers habe er es an den Schweden Dehner ausgeliefert. In der Nachmittag-Sitzung erklärte Göring im Kreuzverhör, das der amerikanische Hauptankläger Jackson mit ihm stellte, er hätte die Bombenangriffe auf England „bis zur letzten Minute“ fortgesetzt, wenn er das nötige Benzin gehabt hätte. Er hätte die Bombenangriffe aber auch fortgesetzt, nachdem er erkannt hätte, daß der Krieg verloren wäre. „Gott sei Dank, daß wir noch ein Mittel hatten, um zurückzuschlagen. Ich bedauere nur, daß wir nicht mehr V-1- und V-2-Geschosse hatten.“ Auf die Frage Jacksons, ob eine Ermordung Hitlers zur Verkürzung des Krieges beigetragen hätte, erklärte Göring, daß dies an der Kriegführung nichts geändert hätte, da er als Nachfolger Hitlers bestimmt gewesen sei und den Krieg auch dann fortgesetzt hätte, wenn er aussichtslos gewesen wäre. „Ich behaupte mich sehr schmerzlich, daß ich mich in letzter Minute von mir wandte“.

sopte Göring, als Jackson ihn an Hitlers Testament erinnerte, in dem dieser Doornitz als Nachfolger eingesetzt hatte. Hitler sei der Überzeugung gewesen, Himmler und er (Göring) hätten ihn verraten und mit dem Feld heimliche Verhandlungen angeknüpft. Göring erklärte weiter, daß Hitler wahrscheinlich durch Bormann falsch informiert worden sei. Der Angriff auf Rußland Im Jahre 1940 hielt Göring einen Angriff auf Rußland nicht für notwendig. Er wollte erst eine „Besserung der strategischen Lage“ erzielen. „Sie konnten keinen Druck auf Hitler ausüben? Sie konnten das deutsche Volk nicht von Ihrer Meinung unterrichten? Und Sie wollten auch nicht um Ihren Rücktritt nachsuchen?“ fragte der Ankläger. Göring behauptete: „es hätte keine Veranlassung bestanden, da strategische Probleme nie in der Öffentlichkeit besprochen wurden. Zurücktreten wollte er nicht, da er seinem Volk zu „dienen“ hatte, und er sei auch nie auf die „Idee“ gekommen, Hitler zu verlassen. Erst im Januar 1945, als die sowjetischen Armeen zur Oder vorstießen und die deutsche „Ardenner-Offensive“ fehlschlug, kam Göring zu der Ansicht, daß der Krieg für Deutschland endgültig verloren war. Vorher hätte er immer noch an eine „Remis-Chance“ geglaubt. „Ich war zweiter Mann im Staate und mußte mich somit dem Willen des ersten fügen. Hätte ich zu bestimmen gehabt, dann wäre ich erster Mann im Staate gewesen.“

Geheimen Aufrüstung schon vor 1935 Göring verneinte die Frage Jacksons, ob die Wiederaufrüstung der deutschen Wehrmacht 1933 begonnen habe. Göring setzte aber hinzu, daß schwache Verbände der Luftwaffe schon Ende 1933 durch ihn geschaffen wurden. „Die Verantwortung dafür trage ich.“ Göring mußte allerdings zugeben, daß das Rüstungsprogramm sofort nach der „Machtergreifung“ besprochen und kurze Zeit danach auch begonnen wurde. Göring gab auch zu, daß schon vor dem Jahre 1935, in dem die deutsche „Wehrhoheit“ bekanntgegeben wurde, eine geheime Aufrüstung betrieben wurde, deren Finanzierung außerhalb des Budgets und heimlich aufgebracht Geldern erfolgte. Die Aufrüstung habe schon seit 1921 im Parteiprogramm gestanden. Göring sagte weiter aus, daß er bis zum Jahre 1937 mit Schacht gemeinsam am Aufbau der deutschen Rüstung gearbeitet hat. „Ueber die Tatsache der Aufrüstung wissen wir uns an sich einig, aber der Vierjahresplan und das Wirtschaftsministerium hatten beide einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft.“ Schacht war eine sehr starke und energische Persönlichkeit, und ich wollte mein Licht auch nicht unter den Scheffel stellen, und so mußten wir zwangsläufig aneinander geraten, bis Schacht dann schließlich ging.“ Justice Jackson: „Haben Sie einen Brief von Schacht erhalten, in dem dieser sagt: „Der Vierjahresplan hatte den Zweck, die gesamte deutsche Wirtschaft in Bereitschaft für den Krieg zu setzen?“ Göring: „Ja, das habe ich gesagt.“ Jackson: „Aber Sie hatten kurze Zeit vorher einen Brief von Blomberg erhalten, in dem dieser schreibt, daß die allgemeine politische Lage keinen Angriff von irgendeiner Seite erwarten läßt!“ Göring: „Das stimmt, damals war allgemein eine entspannte Lage, aber schon zwei Jahre später war es nicht mehr so ruhig.“ Jackson: „Blomberg schrieb in diesem Brief weiter, daß im Ausland ein starkes Friedensbedürfnis herrsche und auch der allgemeine Mangel an Rüstung eine Bedrohung unwahrscheinlich erscheinen ließe. Stimmt das?“

Fortsetzung Seite 2

Die Schwarzdenker

Von Wilhelm Beisel

Die Denkart des destruktiven deutschen Bürgers hat bereits wieder weite Volkskreise dahingehend erfaßt, die zwangsläufig eingeschumpfte und unter gegenwärtig hohem hydraulischem Druck verharrende Lebensfähigkeit Deutschlands zum Anlaß von reaktionären Patenthoffnungen zu nehmen.

Wie soll man Hoffnungen und Erwartungen benennen, die beispielsweise Spannungen im Kontrollrat oder im Weltfriedensrat oder den Einmarsch der Russen in Iran als absolute Symptome eines kommenden dritten Weltkrieges ansehen und dabei glauben, durch einen solchen mit einem Schläge von allen Fesseln und Lasten befreit zu werden? Die Patentlösungen gehen so weit, durch aktive Mithilfe des „von Geburt an wehrfähigen deutschen Volkes“ für eine ausländische Macht ohnehin noch einen einflußreichen und starken Freund in der Zukunft zu gewinnen, vielleicht sogar mit dem ominösen Odium eines „Achsenpartners“ für ein späteres sieghaftes deutsches Gloria...

Alle Wünsche nach Krieg — und seien es Kriege der andern — sind insgesamt Attentate auf die menschliche Kultur; alle geschichtlichen Filtrate über den Alten Fritz, über Bismarck, Hindenburg usw. sind schlimmstes Gift am deutschen Volk geworden; aber die allerübersteigenden Gemeinheiten des Hitlerischen Mordgeschehens reichen anscheinend immer noch nicht aus, den deutschen Ungeist zum Absterben zu bringen. Die Nazis und Militaristen fühlen sich im Gegenteil noch als Märtyrer der „guten Sache“ und bauen mit pathologischer Sturheit ihre letztverbliebenen Bastionen aus. In der verbotenen Ansicht, damit einer gerechten Sache zu dienen und ein neues deutsches Ostern mit militanten Knospen zu erleben...

Wie hoch muß der Trümmerhaufen und das Blutmeer des soeben durchlebten sinnlosen Opfern noch steigen, wieviel schmerzlicher und empfindlicher müssen Menschenschicksale noch erfüllt werden, um endlich den letzten lebenden Menschen zu überzeugen, daß wir umkehren müssen? Und zwar umkehren und uns abkehren von allem Furchtbaren, das je einem Volk und der Menschheit angetan wurde!

Es ist seltsam und tragisch zugleich, daß der deutsche Bürger Angst hat vor Reformen im Denken und vor solchen zur Umwandlung der bisherigen menschlichen Gesellschaftsfunktionen. Die Schwarzdenker sind sich wahrscheinlich nicht alle klar darüber, wie sehr sie ein Krebsgeschwür jeder menschlichen Gesellschaft sind. Falsches Denken und Obstruktion im Geist führen zu unüberwindlichem passivem Widerstand gegen die Fortentwicklung, und es kann sehr leicht zu Sabotagen und schlimmeren Weiterungen kommen, wenn das Übel nicht restlos behoben wird.

In Ferdinand Lassalles Erkenntnis liegt ein tiefer Sinn: Den Feind, den wir am tiefsten hassen, den uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverständnis der Massen, den nur das Geistes Schwert durchbricht.

Mögen es sich die Schwarzdenker gesagt sein lassen, daß die gesamte deutsche Presse in klarer Erkenntnis dafür kämpft, einen neuen Geist der Besinnung und der Aufwärtsentwicklung zu fördern, damit der Ungeist abgeleitet und im Volk eine bessere Aufgabe erkannt und vertreten wird, die uns alle höher führt zu den wahren Zielen der Kultur und der Menschheit. Mögen es sich diese schwarzdenkerischen Spezies weiterhin gesagt sein lassen, daß die positiven demokratischen Parteien unabhängig an Werke sind, einen neuen Staat zu bauen, ihn mit aller Kraft zu festigen und zu sichern, damit nie wieder ein politisches Inferno militärischer oder faschistischer oder totalitärer Art in ein gesundes Gehilde einbrechen kann, das von der vernünftigen Mehrheit des Volkes endlich nach dem Rückfall um mehr als ein Jahrhundert erreicht und erreicht werden wird.

Es darf keinen Naturchutzpark der Reaktion und des Ungeistes mehr geben. Wir schreiben 1946 und nicht 1919. Das heißt, daß man gleiche Fehler nicht mehr macht. Die Weimarer Republik ist zugrunde gegangen, weil man Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Walter Rathenau, Matthias Erzberger, Kurt Eisner u. a. durch die Reaktion ermorden ließ. Sie ist zugrunde gegangen, weil man verabsäumte, in die Reichsverfassung die Todesstrafe für wirkliche Volksverbrecher aufzunehmen. Sie ist zugrunde gegangen, weil man einem Hitler nur 5 Jahre Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe gab, ihm jedoch nach kurzer Zeit aus seiner fröhlichen Haft entließ, als er sein Buch „Mein Kampf“ geschrieben hatte.

Solchen straffälligen Leichtsinns darf man von einer neuen deutschen Republik nicht mehr erwarten. Das müssen sich die augenblicklich noch schwarzdenkenden gesagt sein lassen, ehe sie etwa Plänen nachhängen, irgendwie mobil und aktiv zu werden gegen den Willen des hartgeprüften und für seine bessere Entwicklung einsatzbereiten deutschen Volkes.

Nürnberger Prozeß

Fortsetzung von Seite 1

Göring: „Da hat sich die ganze Welt wehr geirrt. Der Führer und ich waren nicht dieser Ansicht.“

Von Anfang an geplant Jackson wies dann auf eine Rede hin, die Göring im Herbst 1943 in München vor einer Versammlung politischer Leiter hielt. In dieser Rede sagte Göring u. a.: „Zu Beginn des Krieges war Deutschland das einzige Land der Welt, das eine geschlossene, zum Einsatz bereit Luftwaffe besaß. In allen anderen Ländern wurde die Luftwaffe nur als Hilfsmittel der übrigen Waffengattungen betrachtet. Wir aber waren in der Lage, konzentrierte Schläge gegen den Feind auszuführen. Wir haben es auch von Anfang an geplant und so die Überlegenheit in der modernen Kriegführung an uns gerissen.“

Göring gab zu, diese Rede gehalten zu haben, gab aber trotzdem an, er habe einen Krieg nicht gewollt, sondern vielmehr im Jahre 1935 sehr gefürchtet, die Rheinlandbesetzung könne zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen.

Jackson: „Und als dann nichts passierte, war das ein schmerzliches Schritt — das war Oesterreich — schon viel leichter, nicht wahr?“

Göring behauptete daraufhin, vor der Besetzung Oesterreichs keinerlei Bedenken gehabt zu haben, denn es werde doch niemand sich dem entgegenstellen wollen, wenn zwei Brüder sich endlich wieder vereinen wollten.“

Jackson: „Sie erklärten, daß Hitler und Sie den Tod von Dollfuß sehr bedauert haben. Aber hat Hitler denn nicht eine Ehrenplakette für den Mörder Dollfuß anfertigen lassen?“

Göring erklärte mit erregter Stimme, davon wisse er nichts.

Schließlich stellte Justice Jackson noch einige Fragen über die Besetzung Oesterreichs und die Rolle des Angeklagten Seyß-Inquart. Göring erklärte, es habe nicht vor dem 10. März festgestanden, ob lediglich eine Personalunion beider Staaten durch die Person Hitlers hergestellt werden oder eine völlige Verschmelzung erfolgen sollte. Er sei aber immer energisch für den „absoluten und brutalen Anschluß“ eingetreten.

Göring: „Ich kannte die Einstellung Seyß-Inquarts zu dieser Frage nicht und befürchte, daß er gegen den totalen Anschluß sein würde. Ich war daher sehr befriedigt, als ich im Laufe des Tages die Nachricht über den Anschluß erhielt.“

Jackson: „Hatten Sie nicht die Befürchtung, daß Seyß-Inquart selbständig bleiben wollte und haben Sie vielleicht deshalb die deutschen Truppen nach Oesterreich geschickt, um einen Druck auf ihn auszuüben?“

Göring: „Ich hatte wohl diesen Verdacht, aber deshalb brauchten wir keine Truppen zu schicken. Wenn Seyß-Inquart sich widersetzt hätte, so hätten wir das auch ohne einen einzigen deutschen Soldaten geregelt.“

Menschen verhaftet, die keine Verbrechen begangen hatten Göring gab im Kreuzverhör dem amerikanischen Hauptankläger Robert J. Jackson zu, daß er es nach der „Macht-ergreifung“ für notwendig gehalten habe, die Konzentrationslager einzurichten, um dadurch die Opposition in Deutschland zu unterdrücken. Er läßt aber nicht die Absicht gehalt, diese Männer, die in erster Linie aus kommunistischen Kreisen stammten, in Gefängnisse oder Zuchthäuser zu stecken, sondern wollte diese „Staatsfeinde“ in besonderen Lagern unterbringen. Er habe es für notwendig gehalten, eine Gestapo einzurichten, „genau wie die frühere politische Polizei, allerdings in größerem Ausmaß“.

Auch Personen, von denen man erwarten konnte, daß sie „gegen den Staat opponieren werden“, wurden verhaftet und in die neugebildeten Konzentrationslager übergeführt.

Jackson: „Schutzhaft bedeutet also, wenn ich richtig verstehe, daß Menschen in Lager gebracht wurden, die keinerlei Verbrechen begangen hatten?“

Göring: „Jawohl, es wurden Menschen verhaftet, die keine Verbrechen begangen hatten.“

In weiteren Verlauf des Kreuzverhörs kam Jackson auf die Verantwortlichkeit der SA,

SS und der Gestapo beim Rohm-Putsch zu sprechen. Göring blieb bei seiner Behauptung, die Hinrichtungen seien eine „Staatsaktion“ gewesen, um den neuen Staat zu schützen. Göring erklärte weiter, daß die Art der Tätigkeit der Gestapo jedem Parteimitglied bekannt gewesen sein muß, da er öffentlich darüber gesprochen und auch geschrieben habe. Es sei auch kein Geheimnis gewesen, daß Menschen in die KZ kamen.

Görings Einfluß auf Hitler Göring sprach im Laufe des Kreuzverhörs über den Einfluß, den die einzelnen Parteiführer auf Hitler gehabt hätten. Niemand habe einen solchen Einfluß auf den Führer gehabt wie er selbst. Allerdings sei dieser Einfluß nach 1943 schwächer geworden. Damals hätte „verhängnisvollerweise“ Bormann das Vertrauen Hitlers erlangt. Auch Himmlers Einfluß sei nach 1944 gesunken. Göring habe sich bis zuletzt bei Hitler behaupten können.

Jackson: „Und das ist also die Art der Regierung, die Sie für notwendig erachteten, um Deutschland zu regieren?“

Göring erwiderte, daß diese Dinge nicht die Grundlagen der Regierung gewesen seien, daß sie sich aber durch die Gepflogenheit der Kommunisten als notwendig erwiesen hätten. „Unter den damaligen Umständen war diese Art der Regierung absolut richtig und sie hat sich gezeigt, daß Deutschland in kurzer Zeit zu einer verhältnismäßig Blüte gelangte.“

Der Reichstagsbrand In dem Kreuzverhör, das Oberrichter Jackson mit Göring anstellte, leugnete der Angeklagte, den Reichstag in Brand gesteckt zu haben. Die Beschuldigung, so sagte Göring, „kam von der Auslandspresse, und es konnte mich nicht berühren, weil ich es nicht war. Ich bedaure es aber vom künstlerischen Standpunkt aus gesehen nicht, daß er verbrannt ist. Ich hoffe, einen schönen Bau aufbauen zu können.“

Jackson: „Sie haben sich aber damit gerühmt, den Brand angelegt zu haben.“

Göring: „Ich habe mich nicht gerühmt, die Tatsache ist, daß ich bei dem Brand beinahe ums Leben gekommen wäre. Für das direkte Anschluß sind vorläufig aufzubewahren, bis eine Rücksendung über die amerikanischen Zonen zugelassen wird.“

5. An Kriegsgefangene in russischer Hand kann nur die mit dem roten Kreuz und dem roten Halbmond versehenen Rückantwortkarten für die verschiedenen Besatzungszonen zur Zeit folgende Bestimmungen: A. Zugelassene Post aus der amerikanischen Zone: 1. An deutsche Kriegsgefangene in Gefangenenlagern der US-Armee im In- oder Ausland, soweit deren Anschrift bekannt ist, Postkarten, Briefe und Pakete mit der Aufschrift: „Kriegsgefangenepost“ portofrei und zwei Pakete innerhalb der amerikanischen Zone bis 20 kg. Diese Pakete dürfen jedoch nicht enthalten: a) Liköre, Weine, Zitronen oder Zitronensaft, b) Fotoapparate, Feldstecher, Kompass, Barometer, elektrische Ausrüstungsgegenstände, Atlanten, Zeichnungen und andere Photographien als die von Angehörigen oder nahen Freunden; c) Armeeliefer- und pharmazeutische Erzeugnisse; d) Notfrüchte, Schokolade, Zinnwaren, Explosivstoffe, Waffen (einschl. großer Taschenmesser) und Scheren.

2. Soweit die Anschriften der Kriegsgefangenen nicht bekannt sind, diese jedoch in amerikanischen Hand vermutet werden, kann die binnere Rückantwortkarte, die bei allen Bürgermeistern der amerikanischen Zone schriftlich an die Hauptvermittlungsstelle in Frankfurt a. M. gesandt werden.

3. An Kriegsgefangene in französischer Hand können außer den von den Kriegsgefangenen gesandten Rückantwortkarten auch gewöhnliche Postkarten, jedoch keine Ansichtskarten, mit der Aufschrift: „Kriegsgefangenepost“ portofrei geschickt werden, wobei der Text 25 Worte in Druckschrift umfassen darf. Pakete sind, auch auf eingesandten Rückantwortpaketen, noch nicht zugelassen.

4. An Kriegsgefangene in englischer Hand kann ebenso wie in solche in jugoslawischer, rumänischer und bulgarischer Hand nur die rotbedruckte Karte des Internationalen Roten Kreuzes (Nummer 10/979), die bei allen Dienststellen des Bayerischen Roten Kreuzes erhältlich ist, auch wieder bei diesen abgefordert werden kann, gesandt werden. Bei den Angehörigen entsprechende Rückantwortkarten mit

Minister, Graf Clemens August von Galen, der kürzlich von Rom, wo er zum Kardinal ernannt wurde, nach Münster zurückkehrte, ist schwer erkrankt. Eine sofortige Operation ist notwendig.

Hamburg. Der Prozeß gegen 14 SS-Angehörige des KZ's Neuengamme bei Hamburg begann am Montag vor dem Hamburger Gericht zur Aburteilung von Kriegsverbrechen. Die Angeklagten werden der Ermordung von 40 000 Häftlingen des Lagers beschuldigt.

Vienna. Der frühere Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, Rudolf Höß, unterzeichnete am Montag sein Geständnis, wonach er in der Zeit zwischen Juni bis Juli 1941 und Ende 1945 die Vergasung von zwei Millionen Menschen anordnete.

Berlin. „In den neuen Einheitsbestrebungen“ der beiden Arbeiterparteien ist keine Bedrohung für die Christlich-Demokratische-Union zu erblicken“, erklärte der Vorsitzende der CDU, Ernst Lemmer. In einer Konferenz des Landesverbandes Groß-Berlin sprachen sich die Teilnehmer für die Unantastbarkeit der Einheit Deutschlands und für die baldige Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung gemäß den Beschlüssen von Potsdam aus.

Russische Zone Wiesbaden. Aus einer Bekanntmachung des großrussischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen geht hervor, daß der Zuzug nach der sowjetischen Besatzungszone auf weiteres gesperrt ist.

Das freie Wort

Zu dem Beitrag „Wo bleibt das menschliche Gefühl?“ in Nr. 1 der „BNN“ sendet uns Herr Otto John, Linkenheim, eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Eine nicht näher bezeichnete Frau veröffentlichte in der ersten Nummer unserer Heimatzeitung ein Erlebnis im Personenzug von Karlsruhe nach Graben. Als täglicher Benützer dieses Zuges erlaube ich mir, heute hierzu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Arbeiter, die morgens bereits um 6 Uhr nach Karlsruhe fahren und dort ihrer täglichen Arbeit nachgehen, freuen sich am Abend auch, wenn sie im Zuge noch einen Sitzplatz finden. Es kommt deshalb auch einmal vor, daß ein Frau zwei bis drei Stationen stehen muß.

Daß aber ein Schwerkriegsbeschädigter, dem man durch seine Amputation seine Beschädigung ansieht, in diesem Zug stehen muß, habe ich noch nicht erlebt. Vielmehr kann man sehen, wie sich Erschienen eines Kriegsverwundeten gleich drei oder vier Sitzplätze frei werden. So weit geht die christliche Nächstenliebe der Arbeiter nun doch noch. Wenn auch die Moral in der vergangenen Zeit stark gesunken ist, so wissen wir heute immerhin doch unsere beschädigten Kriegskameraden zu ehren und zu achten. Wir haben ja selbst erlebt wie man aufeinander angewiesen ist.“

Herr Bäckereimeister Franz Rahold, Karlsruhe, Marienstr., schreibt: „Bei der letzten Verteilung des amerikanischen Weißmehl war es der Hausfrau überlassen, auf die entsprechenden Brotbedeutende Mehl oder Backwaren zu kaufen. Bei dieser Art von Verteilung stellte ich fest, daß diese sich nicht wirtschaftlich gezeigt hat. Denn die meisten Hausfrauen kauften gleich zu Beginn des Auftrages das ihnen zustehende Mehl auf die Brotbedeutende der vierten Woche. Die Folge war, daß die Hausfrau keine Marken mehr für das so notwendige Brot hatte. Dies bezeugten einige Vorfälle, z. B. Mütter kamen weinend mit ihren Kindern und hatten, die noch nicht gültigen Kartenabschnitte abzunehmen, was durch Verordnung doch strengstens untersagt ist. Um dies zu vermeiden, wäre es doch sicherlicher besser, wenn das Erzählen zusammen mit Karlsruhe gleich einen Abschnitt für Backwaren und einen Abschnitt für Mehl bestimmen würde.“

Auch hoffe ich, daß bei der nächsten Mehlverteilung erst dann die Abschnitte aufgegeben werden, wenn alle Verteiler im Besitze des Mehles sind. Dadurch kann auch das lästige „Schlange stehen“ vermieden werden.“

SPD in Württbg.-Baden zu den Verschmelzungsbestrebungen Stuttgart, 21. März (DANA). In einer Mitteilung der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Württemberg-Baden kommt zum Ausdruck, daß die kommunistische Partei auch in Württemberg-Baden in Zusammenhang mit den Verschmelzungsabsichten im Osten versuche, das gut nachbarliche Verhältnis dadurch zu stören, daß sie immer wieder dazu übergehe, an irgendwelchen Stellen Entschuldigungen zu dieser Frage auszubringen.

Die SPD vertritt einer gefaßten Entscheidung zufolge den Standpunkt, daß eine Vereinigung der KPD und der SPD nicht in Betracht kommen könne, da hierfür weder die ideologische noch die politische Klärung vorhanden sei. Die Sozialdemokratie wolle sich nicht zu irgendeiner solchen Vereinigung und Ideologie einseitig festlegen, sondern ihre Entscheidungsfreiheit nach allen Seiten bewahren. Beschlüsse über die Haltung der Partei könnten nur ihre Mitglieder fassen. Alle anderen Entscheidungen würden von der SPD nicht als politische Willensäußerungen gewertet werden. Wenn die KPD bereit sei, positiv an der Lösung der außerordentlich schweren Probleme der Zukunft gemeinsam mit der SPD zu arbeiten, so läge dem nichts im Wege. Die SPD habe immer betont, daß sie gewillt sei, mit allen positiv gerichteten demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Für alle Jugoslawen Berlin, 21. März (DANA) Das Innenministerium der föderativen Republik Jugoslawien hat die Entscheidung vom Januar 1946 abgeändert, wonach die Wiederbürgerung jugoslawischer Staatsbürger aus Deutschland, Schweden, Dänemark und Norwegen beendet sei. Diese Frist ist vom Ministerium bis zum 16. April 1946 verlängert worden.

Alle jugoslawischen Staatsbürger, die nach dem 16. April ohne Genehmigung der bevollmächtigten jugoslawischen Gesandtschaften und Konsulate noch im Ausland verblieben, werden dann nicht mehr als jugoslawische Staatsbürger betrachtet werden. Der Kommandant der amerikanischen Zone, General McNarney, fordert alle in der amerikanischen Zone befindlichen jugoslawischen Staatsbürger auf, von diesem Zeitpunkt an die jugoslawische Regierung Gebrauch zu machen und in ihr Vaterland zurückzukehren, wo ihre Arbeitskraft zum Wiederaufbau des Landes gebraucht wird.

Einreise nach Brasilien Berlin, 21. März (DANA) Der Chef der gegenwärtig in Deutschland weilenden brasilianischen Kommission gab die Absicht der brasilianischen Regierung bekannt, deutschen Staatsangehörigen die Genehmigung zur Einreise nach Brasilien zu erteilen.

Erhöhung der Telegramm- und Telefongebühren Berlin, 21. März (DANA) Nach der vor einigen Wochen erfolgten Erhöhung der Postgebühren sind jetzt auch die Gebühren für Telegramme und Ferngespräche heraufgesetzt worden. Das am Mittwoch vom Alliierten Kontrollrat beschlossene Gesetz Nummer 20 sieht eine Erhöhung der Gebühren um durchschnittlich 50 Proz. vor.

Diese Maßnahme erfolgte, um das große Defizit der Post- und Fernmeldebehörden zu verkleinern und gleichzeitig um überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen.

Das Gesetz tritt am 26. März in Kraft.

Hafprüfungsverfahren für politische Häftlinge Die Pressestelle der Landesverwaltung Baden teilt mit: „Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung wurde nunmehr das Hafprüfungsverfahren für politische Häftlinge durch Anordnung des Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden vom 13. März 1946 wie folgt geregelt: Entlassungsanträge können nur von dem politischen Häftling selbst oder der Lagerleitung gestellt werden. Jeder Antrag geht sodann auf dem militärischen Dienstweg an das Landesrat bzw. an den Herrn Oberbürgermeister in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Der Landesrat bzw. Oberbürgermeister leitet sodann seinen Antrag dem für dieses Verfahren zuständigen Prüfungsausschuss zu. Der Ausschuss wird die Fälle beschleunigt prüfen und die Anträge zusammen mit dem Prüfungsergebnis an die Lagerleitung zurückgeben. Über die Einlassung selbst entscheidet die Lagerleitung.“

Hafentlassungsanträge von Angehörigen können somit nicht gestellt werden.“

Nachrichten aus den Zonen

Die DANA funkt:

Amerikanische Zone Stuttgart. Generalmajor William H. Draper von der amerikanischen Militärregierung forderte die Wirtschaftsminister der drei Länder in der amerikanischen Zone auf einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landesrates in Stuttgart auf, einen Jahresplan für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der drei Länder unter Berücksichtigung der Produktionsmöglichkeiten zu entwerfen.

München. Die Treibstoffbewirtschaftung wird einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums zufolge ab 1. Mai geändert werden. An Stelle der bisher quotenmäßigen Zuteilung für die drei Länder der US-Zone tritt eine neue Regelung in Kraft, wonach der Verbraucher seinen Bedarf bei jedem beliebigen Händler in der gesamten amerikanischen Zone decken kann.

Stuttgart. Am 1. April wird die Strecke Becknang-Neustadt in Württemberg dem Betrieb übergeben. Wie die Eisenbahndirektion Stuttgart mitteilt, werden Omnibusse bereitgestellt, die die Reisenden von Neustadt nach dem Stuttgarter Hauptbahnhof und zurück bringen.

Britische Zone Köln. (DPD) Der durchgehende Reiseverkehr auf der Strecke Köln-Deutz-Düsseldorf wurde am 20. März wieder aufgenommen. Zur Zeit verkehren auf dieser Strecke 5 Personenzüge, ein Eilzugpaar und der Dienst-D-Zug Hamburg-Köln.

Freitag

Freitag, 22. März 1946

Das freie Wort

Zu dem Beitrag „Wo bleibt das menschliche Gefühl?“ in Nr. 1 der „BNN“ sendet uns Herr Otto John, Linkenheim, eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Eine nicht näher bezeichnete Frau veröffentlichte in der ersten Nummer unserer Heimatzeitung ein Erlebnis im Personenzug von Karlsruhe nach Graben. Als täglicher Benützer dieses Zuges erlaube ich mir, heute hierzu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Arbeiter, die morgens bereits um 6 Uhr nach Karlsruhe fahren und dort ihrer täglichen Arbeit nachgehen, freuen sich am Abend auch, wenn sie im Zuge noch einen Sitzplatz finden. Es kommt deshalb auch einmal vor, daß ein Frau zwei bis drei Stationen stehen muß.

Daß aber ein Schwerkriegsbeschädigter, dem man durch seine Amputation seine Beschädigung ansieht, in diesem Zug stehen muß, habe ich noch nicht erlebt. Vielmehr kann man sehen, wie sich Erschienen eines Kriegsverwundeten gleich drei oder vier Sitzplätze frei werden. So weit geht die christliche Nächstenliebe der Arbeiter nun doch noch. Wenn auch die Moral in der vergangenen Zeit stark gesunken ist, so wissen wir heute immerhin doch unsere beschädigten Kriegskameraden zu ehren und zu achten. Wir haben ja selbst erlebt wie man aufeinander angewiesen ist.“

Herr Bäckereimeister Franz Rahold, Karlsruhe, Marienstr., schreibt: „Bei der letzten Verteilung des amerikanischen Weißmehl war es der Hausfrau überlassen, auf die entsprechenden Brotbedeutende Mehl oder Backwaren zu kaufen. Bei dieser Art von Verteilung stellte ich fest, daß diese sich nicht wirtschaftlich gezeigt hat. Denn die meisten Hausfrauen kauften gleich zu Beginn des Auftrages das ihnen zustehende Mehl auf die Brotbedeutende der vierten Woche. Die Folge war, daß die Hausfrau keine Marken mehr für das so notwendige Brot hatte. Dies bezeugten einige Vorfälle, z. B. Mütter kamen weinend mit ihren Kindern und hatten, die noch nicht gültigen Kartenabschnitte abzunehmen, was durch Verordnung doch strengstens untersagt ist. Um dies zu vermeiden, wäre es doch sicherlicher besser, wenn das Erzählen zusammen mit Karlsruhe gleich einen Abschnitt für Backwaren und einen Abschnitt für Mehl bestimmen würde.“

Auch hoffe ich, daß bei der nächsten Mehlverteilung erst dann die Abschnitte aufgegeben werden, wenn alle Verteiler im Besitze des Mehles sind. Dadurch kann auch das lästige „Schlange stehen“ vermieden werden.“

SPD in Württbg.-Baden zu den Verschmelzungsbestrebungen Stuttgart, 21. März (DANA). In einer Mitteilung der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Württemberg-Baden kommt zum Ausdruck, daß die kommunistische Partei auch in Württemberg-Baden in Zusammenhang mit den Verschmelzungsabsichten im Osten versuche, das gut nachbarliche Verhältnis dadurch zu stören, daß sie immer wieder dazu übergehe, an irgendwelchen Stellen Entschuldigungen zu dieser Frage auszubringen.

Die SPD vertritt einer gefaßten Entscheidung zufolge den Standpunkt, daß eine Vereinigung der KPD und der SPD nicht in Betracht kommen könne, da hierfür weder die ideologische noch die politische Klärung vorhanden sei. Die Sozialdemokratie wolle sich nicht zu irgendeiner solchen Vereinigung und Ideologie einseitig festlegen, sondern ihre Entscheidungsfreiheit nach allen Seiten bewahren. Beschlüsse über die Haltung der Partei könnten nur ihre Mitglieder fassen. Alle anderen Entscheidungen würden von der SPD nicht als politische Willensäußerungen gewertet werden. Wenn die KPD bereit sei, positiv an der Lösung der außerordentlich schweren Probleme der Zukunft gemeinsam mit der SPD zu arbeiten, so läge dem nichts im Wege. Die SPD habe immer betont, daß sie gewillt sei, mit allen positiv gerichteten demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Für alle Jugoslawen Berlin, 21. März (DANA) Das Innenministerium der föderativen Republik Jugoslawien hat die Entscheidung vom Januar 1946 abgeändert, wonach die Wiederbürgerung jugoslawischer Staatsbürger aus Deutschland, Schweden, Dänemark und Norwegen beendet sei. Diese Frist ist vom Ministerium bis zum 16. April 1946 verlängert worden.

Alle jugoslawischen Staatsbürger, die nach dem 16. April ohne Genehmigung der bevollmächtigten jugoslawischen Gesandtschaften und Konsulate noch im Ausland verblieben, werden dann nicht mehr als jugoslawische Staatsbürger betrachtet werden. Der Kommandant der amerikanischen Zone, General McNarney, fordert alle in der amerikanischen Zone befindlichen jugoslawischen Staatsbürger auf, von diesem Zeitpunkt an die jugoslawische Regierung Gebrauch zu machen und in ihr Vaterland zurückzukehren, wo ihre Arbeitskraft zum Wiederaufbau des Landes gebraucht wird.

Einreise nach Brasilien Berlin, 21. März (DANA) Der Chef der gegenwärtig in Deutschland weilenden brasilianischen Kommission gab die Absicht der brasilianischen Regierung bekannt, deutschen Staatsangehörigen die Genehmigung zur Einreise nach Brasilien zu erteilen.

Erhöhung der Telegramm- und Telefongebühren Berlin, 21. März (DANA) Nach der vor einigen Wochen erfolgten Erhöhung der Postgebühren sind jetzt auch die Gebühren für Telegramme und Ferngespräche heraufgesetzt worden. Das am Mittwoch vom Alliierten Kontrollrat beschlossene Gesetz Nummer 20 sieht eine Erhöhung der Gebühren um durchschnittlich 50 Proz. vor.

Diese Maßnahme erfolgte, um das große Defizit der Post- und Fernmeldebehörden zu verkleinern und gleichzeitig um überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen.

Das Gesetz tritt am 26. März in Kraft.

Hafprüfungsverfahren für politische Häftlinge Die Pressestelle der Landesverwaltung Baden teilt mit: „Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung wurde nunmehr das Hafprüfungsverfahren für politische Häftlinge durch Anordnung des Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden vom 13. März 1946 wie folgt geregelt: Entlassungsanträge können nur von dem politischen Häftling selbst oder der Lagerleitung gestellt werden. Jeder Antrag geht sodann auf dem militärischen Dienstweg an das Landesrat bzw. an den Herrn Oberbürgermeister in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Der Landesrat bzw. Oberbürgermeister leitet sodann seinen Antrag dem für dieses Verfahren zuständigen Prüfungsausschuss zu. Der Ausschuss wird die Fälle beschleunigt prüfen und die Anträge zusammen mit dem Prüfungsergebnis an die Lagerleitung zurückgeben. Über die Einlassung selbst entscheidet die Lagerleitung.“

Hafentlassungsanträge von Angehörigen können somit nicht gestellt werden.“

Karlsruher SPIEGEL

Der Lenz ist da!

Der 21. März ist sozusagen der offizielle Termin zum Antritt des Frühlings. Er ist der freundlichsame unter seinen Geschwistern, den Jahreszeiten. Alt und Jung verkehren ihn gleichermaßen. Er wirkte schon seit Wochen im Geheimen, brach die kalte Macht seines Bruders Winter und hielt nun seinen milden Einzug.

Die Natur hatte sich, soweit die Zerstörung vor ihr halt gemacht hat, zum Empfang geschmückt. Die Schneeglöckchen läuteten ihn frohlich ein, und die Krokusse luden ihn in schillernden Farben entgegen, Magnolien und Goldregen blühten neugierig aus den Knospen, und an den Sträußern leuchteten das zarte Grün der jungen Blattkinder, und an den großen Eichen haben leider nicht wenige der noch verbliebenen Frühlingskinder entfernt, die in den Gärten die Freude der Allgemeinheit waren und deren Lebensdauer in den Zimmern auf wenige Tage beschränkt ist. Der Frühling nahte mit besonderer Milde, junges Grün über Bombentrichter breitet, als wollte er die geschlagenen Wunden vergessen machen.

Möge ein Sonnenstrahl Haß und Mißgunst vertreiben, dann ist es auch in den Herzen Lenz geworden. P. S.

Ein Willkommen dem Zirkus

Der Zirkus Helene Hoppe ist in Karlsruhe eingetroffen und gibt am Samstag seine erste Vorstellung.

Drei Jahre sind vergangen, seit der Zirkus zum letzten Male in Karlsruhe ein Gastspiel auf dem Schmiedelplatz gab, das den Karlsruhern in bester Erinnerung geblieben ist. Drei Jahre sind eine lange und doch kurze Zeit, so daß der schöne Kontakt zwischen Zirkus und Publikum, der damals bestand, sich auch diesmal schnell einstellen dürfte.

Von Karlsruhe aus zog der Zirkus Helene Hoppe vor drei Jahren nach dem Elsaß, wo er in Straßburg gastierte, anschließend nach Luxemburg, wo er auch zur Zeit der Befreiung des Landes durch alliierte Truppen weilte und auf Grund seiner hohen Leistungen zu weiteren Vorstellungen eingesetzt wurde, denen solche in Frankreich folgten, wobei besonders in Reims große Erfolge zu verzeichnen waren. Als besonders bemerkenswert verdient verzeichnet zu werden, daß sowohl die luxemburgische als auch die französische Bevölkerung den deutschen Zirkus in der loyalsten Weise aufnahm.

Heute baut der Zirkus wieder auf. Es fehlt auch ihm in mancher Hinsicht an geeigneten Arbeitskräften, da zum Beispiel die Tscheden, die im Zirkuswesen die Zeltbauer sind, in ihre Heimat zurückkehrten. Mit unermüdlicher Energie hat Frau Helene Hoppe die Wiederausgestaltung des Zirkus betrieben. Sehr gute Nummern sind trotz des Umstandes gewonnen worden, daß viele deutsche Artistennummern durch den Krieg auseinandergerissen wurden, daß ausländische Nummern aus den bekannten Gründen vorläufig nicht erhältlich sind. Trotzdem darf die Karlsruher Bevölkerung ein hochwertiges zirkusartiges Programm erwarten. Die BNN wünschen dem Zirkus Helene Hoppe zu seinem Start in Karlsruhe vollen Erfolg.

Mitgliederversammlung

der Konzertdirektion Metzger

Im „Karlsruher Hof“ in Durlach fand die erste Mitgliederversammlung der Konzertdirektion Metzger statt. Nach Einleitungsworten von B. Metzger brachte Master Sherman der Verantwortliche für das Karlsruher Theater- und Kulturleben zum Ausdruck, daß in Karlsruhe nur das allerbeste hinsichtlich Theater und Musik geboten werde. Zusammenarbeit und nicht Denunziation müsse das Motto sein. Im Anschluß an die Rede wurden in freier Diskussion politische und interne Fragen besprochen.

Was ist schon 1 kg Lumpen?

Wir haben bei einer Anzahl Hausfrauen nachgefragt, wieviel Lumpen bei ihnen in der letzten Zeit wohl angefallen wären. Immer wieder bekamen wir die Antwort: „Wenig! Man trägt ja heute alles ab bis zum letzten Fetzen. Ich habe wohl ein Körbchen oder ein Säckchen mit Lumpen. Es kann ein Kilo sein, aber was ist das schon, 1 Kilo Lumpen? Was kann man schon damit anfangen?“ — Wir waren erschüttert ob der Unwissenheit. Sie ahnen gar nicht, welche Bedeutung in einem Kilo Lumpen pro Kopf der Bevölkerung steckt, nachdem wir fast keine Baumwolle, fast keine Mengen Zellwolle und Knäuelchen beschaffen können.

Wir wollen das an einem kleinen Beispiel klar machen. In einer Stadt mit 50 000 Einwohnern würde jeder Einwohner nur 1 Kilo Lumpen aufbringen, mit einem Schlag würden damit aus dem unscheinbaren Kilo Lumpen 50 000 Kilo, was aber könnte man aus diesen 50 000 Kilo alter Lumpen herausholen? Fachleute haben es uns errechnet:

Aus dem Stadtrat

Widerinstandsetzung des Kinderkrankenhauses

Zur Behebung der am Kinderkrankenhause entstandenen Fliegerbeschäden werden 80 000 RM bewilligt. Es wird versucht, auch andere Stellen zur Uebernahme eines Kostenbeitrages zu gewinnen.

Dienststunden für die Polizei und Feldhut

Zur Beschaffung von 34 Dienststunden für die Polizei und Feldhut wird der Betrag von 11 900 RM bewilligt. In Anbetracht der immer weiter um sich greifenden Diebstähle kann die Anschaffung von Dienststunden sowohl für die Polizei wie Feldhut begründet werden.

Vermietung von Lagerplätzen im Rhein- hafengebiet

An die Baufirma Kirchenbauer in Karlsruhe wird ein Lagerplatz von 2422 Quadratmeter an der Hansastraße ver- mietet. Ein Fabrikhauptplatz in der nördl. Uferstraße, im Flächeninhalt von 2900 Quadratmeter, geht mitwiese an die Firma Stefan Niggemeier über.

Verpachtung eines Sportplatzes an den Allg. SpV Hagsfeld

An den neu gegründeten, von der Militärregierung genehmigten Allg. Sportverein Karlsruhe-Hagsfeld werden die Sportplätze oder aufgelösten Vereine Turnverein Hagsfeld bzw. Fußballklub Viktoria Hagsfeld vermiert.

Das Alte stürzt ...

Der Durlacher Schroturm gesprengt

Das alte Durlacher Wahrzeichen am Bahnhof, der 38 m hohe Schroturm der Genschow-Werke hat nun in der neuen Zeit wirklich ausgedient. Er gehört zwar nicht zu den alten Türmen,



Vor der Sprengung Foto Wörner.

und er war doch veraltet. Die Zeit war einfach über ihn hinweggeschritten.

Auf Anordnung der Militärregierung wurde er nun gestern vormittag gesprengt. Major Andrews und Capt. Traxal von der Militärregierung Karlsruhe waren anwesend, Vertreter der städtischen Behörden und der Polizei, als die Arbeiter der Süddeutschen Sprenggesellschaft die letzten Vorbereitungen zur Sprengung trafen. Ingenieur Kuhn gab einen interessanten Überblick über die Sprengmethoden im allgemeinen und der hier angewandten mit flüssigem Sauerstoff, die eine mehr schneidende als zertrümmernde Wirkung hat im Gegensatz zu Dynamit. Bei der Sprengung mußte vor allen Dingen auf den Schutz der umliegenden Gebäude Bedacht genommen werden. Kurz nach 11 Uhr waren die Vorbereitungen be-

endet, die Polizei stoppte den Verkehr, ein Hornsignal ertönte, dem eine dumpfe Detonation folgte, und der schlanke Körper des Turmes mit seiner 1 1/2 m dicken Bruststeinverkleidung legte sich nach



Er stürzt Foto Wörner.

Nordwesten über, zerbrach noch in der Luft in 2 Teile und bildete am Schluß einen einzigen Trümmerhaufen. Eine große Anzahl Zuschauer hatte dieser vorzüglich gelungenen Sprengung beigewohnt. Nichts in der Umgebung war beschädigt, und sofort strömten viele Neugierige an die Sprengstelle und be- sahen sich den gefallenen und in seine Bestandteile aufgelösten Riesen, der seine Zeit überlebt hat und deshalb fallen mußte. B.

Ziehung der Notgemeinschafts- lotterie

Fortuna, die Glücksgöttin, ist am vergangenen Mittwoch in Karlsruhe eingekehrt. Die Notgemeinschafts-Lotterie, die erste zugelassene Lotterie in Deutschland, kam zur Ziehung. Einige Hundert Menschen als Zuschauer und Losinhaber wollten im Ziehungslokal im Rathaus das Glück sofort aus erster Hand empfangen. Stadtrat Töpfer, der Schöpfer dieser, eröffnete die Ziehung mit folgenden Worten: Der große Bedarf an Gegenständen, die fast ausschließlich in dankenswerter Weise von einheimischen Firmen gespendet wurden, hat diese Lotterie sehr populär gemacht. Wir können nur der notleidenden Bevölkerung helfen. Von Geldgewinnen wurde Abstand genommen, um mit Bedarfsgütern eine Freude zu machen. 150 000 Lose wurden in Karlsruhe abgesetzt, die einen Reinertrag von 100 000 RM für die Zwecke der Notgemeinschaft erbrachten. Es besteht die Absicht, recht bald eine Nachlotterie durchzuführen. Stadtrat Töpfer dankte allen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die seit Wochen die umfangreiche Aufgabe mit voller Zufriedenheit lösten, und sprach die Erwartung aus, daß die Ge- meinde auch an wirklich Bedürftige fal- len mögen, um dort die große Not zu lindern. Bürgermeister Riedinger, Dezernent des Wohlfahrtswesens der Stadt, zog den ersten Hauptgewinn, ein Schlafzimmer, das dem Inhaber des Losen Nr. 31 612 zufällt. Alle weiteren Gewinne, von denen wir nachstehend

Steigender Besuch des Vierordbades

Das Vierordbad hat auch im Monat Februar eine weitere Steigerung der Besucherzahl zu verzeichnen. Das Schwimmbad wurde besucht von 5191 amerik. Soldaten und 24 036 Zivilisten, zusammen 29 227 Besucher. Die Wannenbäder wurden von 2801 amerik. Soldaten und 15 564 Zivilisten, zusammen 18 365 Besucher benutzt. An den medizinischen Bädern sind 943 amerik. Soldaten, 452 Zivilisten, zusammen 1395 Besucher beteiligt. Insgesamt hat das Vierordbad im Monat Februar 1946 eine Besucherzahl von 48 987 aufzuweisen. Das sind 5726 Besucher mehr wie Vierordbad und Friedrichsbad zusammen im Monat Februar 1938 zu verzeichnen hatten. Die Schwimmbäder wurden im Monat Februar bereits von 1000 Zivilisten mehr besucht wie im Monat Januar 1946.

Treibriemen aus Stahl

Eine unwäzende Erfindung für die Industrie

Es ist bezeichnend für die Tatkraft deutscher Ingenieure, daß ihren Schöpfergeist auch die totale Zerstörung nicht hemmen konnte. Nachdem wir in der letzten Ausgabe einen bedeutsamen Fortschritt für den Wiederaufbau bekanntgeben konnten, ist es heute ein Treibriemen aus Stahl, der bereits das Interesse der Fachleute jenseits der Grenzen geweckt hat.

Ingenieur Heinrich I e n n a n n, Mitinhaber der Spezialfabrik für Industrie- schiebe Ludwig Krieger, ist der Erfinder. Während einer Krankheit beobachtete er sein spielendes dreijähriges Söhnchen, das ein Drahtgeflecht gegen eine Gummi- schiebe drückte. Das war die Anregung zu der unwäzenden Erfindung auf dem Gebiete der Flachriemen und Transport- bänder.

Die praktischen Erfahrungen sind über jedes Lob erhaben. Kathreiner und einige andere Großbetriebe verfügen bereits über Treibriemen neuer Art. Fachleute führender Firmen bezeichnen das neue Reidspatent als eine Sensation. Diese Lösung ist so verblüffend einfach, daß man nicht Fachmann sein muß, um die geniale Erfindung beurteilen zu können.

Der neue Treibriemen besteht aus einem Gummiband mit einer Patent- federstahllage, deren Festigkeit mit 30 bis 50 000 kg pro Meter errechnet wurde, aber beliebig erhöht werden kann. An Schmiegsamkeit wird sogar Leder übertroffen. Die Einlage könnte über eine Welle von 10 mm geführt werden, ohne Müdigkeitserscheinungen beim Material hervorzurufen. Der Riemen ist an jeder Stelle leicht zertrenn- bar und zusammenzufügen und kann beliebig verkürzt oder verlängert werden. Bei der gespannten Lage an Leder und Textilien tritt dadurch eine wesent- liche Entlastung ein. Der Preis liegt im Moment noch über den Treibriemen alter Art, dürfte aber durch weitere Entwicklung so ziemlich den bekannten Preisen entsprechen.

Die Vorteile von Stahl und Gummi sind mit dieser Verbindung so glücklich vereinigt, daß eine unbekannte Beanspruchungsmöglichkeit durch scharfkantige Schüttgüter möglich ist, ohne das Band zu gefährden. Die Herstellung der Einlage ist vollkommen fabriktionsreif und in unbegrenzten Längen bei einer Breite von 2,5 m möglich. Die Nach- frage ist weit über dem normalen Rah- men, so daß Beschaffung und Fabrika- tion nicht Schritt halten können. Das Landeswirtschaftsamt hat die Produk- tion beschlagnahmt, um sie auf ein Höchstmaß auszuweiten. In dieser Woche werden durch Fachleute Ver- suche zur Verwendung der Einlage für Autoreifen durchgeführt. P. S.

Öffentl. Zahlungsaufforde- rung für Grundsteuern

Wir verweisen auch an dieser Stelle auf die Bekanntmachung des Oberbür- germeisters zur Zahlung der auf 15. Fe- bruar 1946 fälligen letzten Rate der Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1945. Die Steuerpflichtigen werden darauf hin- gewiesen, daß bei Nichtzahlung der Steu- ern die Einleitung des Betreibungsver- fahrens zu erwarten ist. Die Eigentümer von Wohn- und Betriebsgebäuden, deren Ertrag sich infolge von Kriegsschäden gemindert hat, können beim Städt. Steuer- amt Jahnstraße 20, schriftlich Antrag auf Ermäßigung oder Erlaß der Grund- steuer für das Jahr 1945 stellen.

Tabakwaren für die 86. Kartenperiode

Vom Städt. Wirtschaftsamt Karlsruhe, Gartenstr. 53, wird uns mitgeteilt, daß auch für die 86. Karten- periode die erforderlichen Warenmengen an Tabakwaren zur Verfügung stehen. Der Verkauf für Stadt und Land hat nach gemeinsamer Absprache mit dem Wirtschaftsamt Ettlingen am Montag, den 18. März begonnen und endet mit dem 30. d. Mts. Es gelten die bis- herigen Sätze.

Zulässiges Gewicht für Kleingebäck

Es herrscht Zweifel darüber, wie schwer das Kleingebäck sein muß. Nach Anordnung des Getreidewirtschaftsver- bandes Baden vom 2. Oktober 1939 be- trägt mit der Einführung der Brotkarte das Gewicht für Kleingebäck 46 g bzw. 92 g. Die Bäckereien dürfen dafür Brot- marken über ein Gewicht von 50 g bzw. 100 g entgegennehmen. Diese An- ordnung wurde in Anlehnung an die geringere Ansheute bei der Herstellung von Kleingebäck erlassen. Das einzelne Gebäckstück kann Gewichtsabweichun- gen bis zu 6 Prozent nach oben bzw. nach unten aufweisen. Kleingebäck ist bis zu 8 Stunden nach dem Verlassen des Backofens als Frischgebäck anzu- sehen. Durch Austrocknung kann sich das Gewicht des Kleingebäcks am er- sten Tage nach der Herstellung bis zu 10 Prozent vermindern. Der Preis für Brötchen beträgt —07 RM, für Bre- zeln —08 RM bei Abgabe von 100 g Brotmarken.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es den Bäckereien durch Anordnung des Landesernäh-

Lebensrettungsgesellschaft Karlsruhe

Die Übungsabende für Rettungsschwim- mer finden jeden Samstag 19—20.30 Uhr im Vierordbad statt. Eintritts- karten werden ab 18.45 Uhr ausgegeben.

Starke Nachfrage bei der Städtischen Volksbücherei

Die städtische Volksbücherei erfreute sich schon im ersten Monat seit ihrer Wiedereröffnung eines außerordent- lichen Zuspruchs. Die Ausleihe in den ersten drei Wochen betrug 1951 Bücher, 222 Bücher der wissenschaftlichen Lite- ratur und 517 Bücher Jugendliteratur. Zusammen also 2690 Bücher, die an 1738 Leser ausgeliehen wurden. Die Frage nach wissenschaftlichen Büchern ist jedoch weit höher, als der Bestand ausreicht. Der Lesesaal erfreute sich einer steigenden Besucherzahl, die im Januar 1940 und im Februar 1950 Inte- ressenten zu verzeichnen hatte. Eine große Zahl Studentinnen und Studenten finden sich jeweils ein, um literatur- geschichtliche Nachschlagewerke zu stu- dieren und schriftliche Arbeiten zu er- ledigen.

Der Polizeibericht meldet

Sprengungsglück

Bei der Sprengung eines zerstörten Hauses in der Kaiserstraße stürzte die Wand des Nachbarhauses in der Herrenstraße ein und verschüttete drei Personen. Zwei der Verschüt- teten mußten wegen ihrer hierbei erlittenen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht wer- den.

Tödlicher Unglücksfall

In der Neureuter Straße machte sich ein 10 Jahre alter Schüler mit einer Flakgranate zu schaffen, die er auf einen Acker getunden hatte. Dabei kam sie zur Entzündung und ver- letzte diesen tödlich und einen anderen Schü- ler, der zugehauen hätte, schwer.

Verkehrsunfälle

Auf der Durlacher Allee stieß ein Kraftrad mit einem Lastwagen zusammen, der in die Schlachthausstraße unvorsichtig eingebogen war. Der Fahrer des Krafttrads und sein Be- gleiter wurden leicht verletzt.

Auf der Kreuzung der Karl- und Kriegs- straße stieß ein Lastwagen mit einem Perso- nenwagen zusammen, dessen Fahrer unvor- sichtig eingebogen war. Es entstand leichter Sach- schaden.

Ein Wirt aus Neureut mußte mit lebensge- fährlichem Schädelbruch ins Krankenhaus ein- geliefert werden. Als er vom Acker nach Hause fuhr, haben die Pferde gescheut und sind ausgebrochen. Dabei war er in den Zä- geln hängen geblieben und gestürzt.

Auf der Ettlinger Allee fuhr ein Lastwagen, um einem zugeschütteten Bombentrichter aus- zuweichen, auf die linke Fahrbahn. Hierdurch mußte ein nachfolgender Lastzug, der im Über- holen begriffen war, nach links ausweichen und geriet hierbei auf den Fußgängerweg, wo er einen Baum umfuhr. Der Lastwagen wurde hierbei beschädigt.

Auf der Karlsruher Allee wurde beim Bahn- hof Durlach ein Radfahrer von einem Last- wagen angefahren. Beim Sturz vom Rad zog sich der Radfahrer leichte Verletzungen zu.

Diebstähle

Aus einem Schuppen in der Gluckstraße wurde das DKW-Motorrad IV B 21 973 ge- stohlen.

Der Dieb, der am 1. Februar 1946 in der Herrenstraße den Kraftwagen eines Drogerie- besitzers gestohlen hatte, konnte in der Per- son eines Drogerielehrlings festgestellt wer- den. Er war kurze Zeit darauf dabei betroffen worden, als er in Begleitung eines Franzosen einen zweiten Kraftwagen stehlen wollte. Er konnte jetzt auch der ersten Tat überführt werden.

Unterschlagung

Ein Firmeninhaber gelangte zur Anzeige, weil er einen großen Geldbetrag, der ihm in den letzten Monaten für soziale Zwecke übergeben worden war, unterschlagen und für sich selbst verwendet hat.

Festnahme

Am Bahnhof wurde ein 21 Jahre alter Pole festgenommen wegen dringenden Verdachts, mehrere Koffer auf dem Hauptbahnhof ges- tohlen zu haben. Beim Durchsuchen seines Ge- päcks wurden Kircheninsignien und andere Kirchenausstattungsstücke gefunden.

Bach, Beethoven, Berlioz / Drei Gedenktage

Im März gedenken wir der großen Exponenten dreier ganz verschiedener Epochen der Tonkunst. Am 21. März wurde vor 261 Jahren J. S. Bach geboren; Beethoven starb am 26. März vor 119 Jahren, und am 18. März 1869 beschloß Berlioz sein an Tragik reiches Leben.

Johann Sebastian Bach
„Nicht Bach, Meer müßte er heißen“, mit diesem Ausspruch beugte sich Beethoven vor dem musikalischen Genie des großen Kantors der Thomaskirche in Leipzig. Wie ein Meer mutet die Fülle seiner kompositorischen Arbeiten an. Als Leiter der Kirchenmusik an der Thomas- und Nikolaikirche in Leipzig (neben seinem Hauptamt als Thomaskantor) schrieb er 200 Kantaten, so daß an jedem Sonntag ein neues Werk aufgeführt werden konnte. Neben seinen kirchenmusikalischen Werken, die den Hauptteil seines Schaffens bilden, gaben Bach's verschiedenartige Aemter seiner Kompositionstätigkeit mehrfach wechselnde Richtungen. Als Konzertmeister in Köthen komponierte er die Mehrzahl seiner Kammermusikwerke, unter ihnen das „Wohltemperierte Klavier“, „Das tägliche Roggenbrot des Pianisten“. In Leipzig schuf er u. a. seine H-moll-Messe und die Matthäuspassion, die neben seinen gewaltigen Orgelwerken und dem Weihnachts- und Osteroratorium zu Bachs berühmtesten Werken zählen. Dieser Vollender und kräftende Mittelpunkt einer Musikgeschichte starb am 28. Juli 1750; sein Grab auf dem Johannisfriedhof in Leipzig ist unbekannt. Er mußte seine Witwe mit zehn Kindern in Not und Elend zurücklassen. Das wahrhaft Große, Tiefe und Innige von Bachs Werken wurde lange verkannt. Erst Mendelssohn trat mit der Aufführung der Matthäuspassion am 11. März 1829 in der Singakademie in Berlin (hundert Jahre nach der Entstehung) den befreienden Schritt und machte die übrige Welt mit Bach enger bekannt. War Bach ganz der Meister des polyphonen Barock, so war neben Mozart der Mittelpunkt der revolutionär diese Form sprengenden Wiener Klassik:

Ludwig van Beethoven
„Musik soll dem Manne Feuer aus dem Geist schlagen“, das war die Devise des Künstlers Beethoven. Fast alle seine Werke stehen unter dem Einfluß des tiefen Ernstes der Lebensauffassung, seines immerwährenden Ringens um die letzte tiefe Gestaltung. Mit Bach hat er eines gemeinsam: er hat die von ihm geplante Form gewaltig erweitert und mit der ihm eigenen Genialität seine Werke mit bedeutendem Inhalt angefüllt. Er konnte sich ganz ungewogen seinem Schaffen widmen, durch seine vielen Wiener Gönner dem Zwange einer Anstellung entzogen. Beethoven wurde schon zu seinen Lebzeiten als größter Tonsetzer verehrt, der Mensch als Sonderling betrachtet. Die Tragik in Beethovens Leben bedeutete seine Ertaubung, während der er seine schönsten Werke schuf. Seine „Neunte“ ist die Erkenntnis, daß am Ende jedes niedergekämpften Leidens die Freude steht.

Die Epoche der Romantiker hinter sich lassend, ist
Hector Berlioz
der Vertreter der neuen, der Zukunftsmusik eines Wagner und Liszt. Dieser Mann war eine der seltsamsten Begabungen der Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts. Er wußte nichts von Weber, und von Beethoven kannte er nur ein Andante. Trotzdem komponierte er schon 1827 die Fehmräuber. Berlioz war im Gegensatz zu Wagner ein schwacher, übersensibler Träumer. In seiner Musik bleibt die Liebe immer keusch und jungfräulich, wo Wagner sinnlich wird. Das zeigt vor allem seine „Glückliche Nacht“ in Romeo und Julia. Berlioz, der als erster die althergebrachte Form der Symphonie zerbrochen hat, indem er sie bestimmtes Thema über das Werk stellte und so dem Begriffs der symphonischen Dichtung wurde, mußte an seiner sensiblen Natur zer-

brechen. Er wurde nie verstanden. Mendelssohn nennt ihn seinen Freund, aber verachtet und verleugnet ihn. Wagner umarmt ihn 1835 in London, um nachher in seinem Werk „Oper und Drama“ in der verletzendsten Weise über ihn herzu ziehen. Gounod himmelt ihn an, verwertet aber heimlich Stoffe, die Berlioz gerade bearbeitet. Prophetisch hat er von seinen Werken behauptet, daß man sie vielleicht erst 1940 verstehen werde. Einen feinsinnigeren Betrachter der Natur Italiens als Berlioz kann man sich kaum denken. Jedemfalls war er, der gesagt hat, daß wir alle von der musikalischen Ueberlieferung der Vergangenheit unterjocht sind, der Begründer des musikalischen Impressionismus. Daß er nicht von dieser Vergangenheit unterjocht war, hat er mit seinen Oratorien „Faust's Verdammung“ und die „Kindheit Jesu“ bewiesen, die er komponierte ganz aus dem reinsten volkstümlichen Gefühl heraus, ohne einen Bach zu kennen.

Mag Berlioz als Mensch umstritten sein, vor dem Komponisten müssen wir uns immer in tiefer Ehrfurcht verneigen.
M. Nagel.

Orpheus in der Unterwelt

Gastspiel des Städtischen Theaters Heidelberg

Ein stürmisches Wiedersehen und hören feierten wir mit Offenbach im Staatstheater. Er bedeutet eine der wenigen Ausnahmen, bei denen uns klar wird, warum sie in den letzten Jahren verboten wurden. Eine derart glänzende politische, soziale und künstlerische Satire und Opposition mußte diesen, jeder wahren Kritik abholden Leuten unerwünscht sein. Dabei wirkt Offenbach trotz manchmal schonungsloser Offenheit und heißender Ironie niemals verletzend oder vulgär, immer bleibt er der liebenswürdig burleske Spötter. Dieser Begründer der klassischen Operette ist heute noch genau so aktuell wie vor 80 Jahren, so manches hat sich zwar ereignet, nachher blieb aber doch alles beim Alten... sagt Offenbach ja selbst!

Die Musik mit ihrem schmelzenden Wohlklang und den sündenden Rhythmen geht immer noch ins Blut, auch sie gleitet nie ins Banale oder Fade ab.
Heinrich Köhler-Helfrich hat mit seiner Inszenierung auf das angenehmste überrascht. Non stop-Tempo, gepaart mit glänzenden Einfällen und überschießendem Temperament, ließen nie eine Lücke aufkommen, ein Musterbeispiel der Operettenregie. Warum aber wagt man sich an die Operette? Wilhelm Reinking als Gast besaßte mit seinem zur wahren Augenweide gewordenen Bühnenbild. Mit den sparsamsten Mitteln erreichte er die größtmögliche Wirkung. Der musikalische Leiter Fritz Henn führte mit Temperament und Können die spritzige Musik zu neuem Erfolg. Kleine Mängel im Orchester wurden durch die gute Gesamtleistung überdeckt.

Ein zweites freudiges Wiedersehen feierten wir mit Hedwig Hillengaß als Eurydice. Ihr strahlendes Organ hat nichts von seinem berückenden Schmelz eingebüßt. Mit ihr zusammen waren Fritz Zehrer's Aristes-Pluto, Kurt Peter Bittlers fein nuancierter Jupiter und Hans Rolands derb komischer Hans Styx die Hauptstützen der Handlung. Fritz Zehrer konnte durch seine stimmlichen Qualitäten besonders gefallen. Die Vielzahl der übrigen Darsteller fügte sich fein in den heiter beschwingten Rahmen des Abends ein. Nur das Ballett konnte, vor allem in dem Can-Can, nicht rechtlos überzeugen, oder wegen die Erwartungen, die man an das Heidelberger Ballett stellte, so hoch geschraubt?

Am Schluß konnte sich Heinrich Köhler-Helfrich mit seinen Künstlern, Hedwig Hillengaß insbesondere für einen Riesenkranz, bei dem begeisterten Publikum bedanken.
Ng.

Brahms und Schumann

In einer Abendveranstaltung des Kulturbundes umriß Dr. Gerhard Nestler die beiden Persönlichkeiten von Brahms und Schumann und ihre Beziehungen zueinander. In erschöpfender Weise zeichnete er in äußerst prägnanter Art das Lebensbild der beiden Komponisten, um dann auf eine andere Dimension ihrer Werke zu kommen. Bei Brahms insbesondere beleuchtete er dessen Baden-Badener Zeit näher, während deren er in Verbindung zur Karlsruher Oper trat. Ist aber Dr. Nestler's Vortrag für die Kulturbundgemeinschaft nicht zu trocken, zu nüchtern akademisch?

Carl Schwarz illustrierte die Ausführungen Dr. Nestlers durch Interpretation von Schumanns Sinfonischen Etüden op. 13 und der Händelvariationen von Brahms. Bei aller Bewunderung, die man der vollendet technischen Beherrschung des Instrumentes dem jungen Pianisten zollen muß, vermißt man

manchmal doch eine tiefere seelische Ausdeutung, die gerade bei den Romantikern eine gewisse Reife voraussetzt. Aber Carl Schwarz wird wohl selbst wissen, daß ihm jetzt noch Grenzen gesetzt sind. Sein Talent läßt jedenfalls das Allerbeste für die Zukunft hoffen.

Der Kulturbund läßt immer mehr erkennen, daß er mit solchen Veranstaltungen auf dem richtigen Weg ist, der interessierten Hörergemeinde unsere großen Meister näher zu bringen. Ng.

Im russischen Sektor von Berlin wird im April die „Kunstschule des Nordens“ mit ihrem ersten Semester beginnen. Kunst und Kunsthandwerk stehen auf dem Lehrplan. Das neue Institut wird allen, die Begabung zur Kunst und zum Kunsthandwerk zeigen, zur Verfügung stehen. Durch Abend- und Sonntagkurse soll der Besuch der Kunstschule auch Berufstätigen möglich gemacht werden.
(DANA)

Im Bezirk Berlin-Mitte wurde für Waisen und Kinder von Opfern des Faschismus ein Heim geschaffen, das etwa 80 Kinder aufnehmen wird. Es trägt den Namen „Käthe-Kollwitz-Kinderheim“. (DANA)

Ausstellung im Badischen Kunstverein

Otto Laible und Wilhelm Martin, zwei Karlsruher Maler

Wenn zwei Maler es unternehmen ihre Werke in den Räumen des Badischen Kunstvereins auszustellen und dadurch einen Querschnitt ihres Schaffens geben, darf man erwarten, daß sie damit dem Kunstverständigen wie dem Laien Wesentliches zu sagen, zu zeigen haben. Wie weit sie diese Erwartung erfüllen, werden wir sehen, ohne uns in der folgenden Betrachtung von herkömmlichen ästhetischen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Da sind zunächst die Oelgemälde Wilhelm Martins. Zunächst fallen einige Landschaftsbilder, die im Sonnenlicht liegende „Dorflandschaft“ und vor allem die Landschaft „Möhlenweh in Söllingen“, zu denen auch das „Neue Schloß in Baden-Baden“ gehört, durch duffige Malerei auf, zu denen die klassischen Waldweidenlandschaften wie „Diana im Bade“, „Adonis und Aphrodite“ und andere in Form und Farbe wie auch in Komposition im Gegensatz stehen. Ist in diesen eine

neublaue und der „Blumenstrauch“ zu erwähnen, der schön im Raum „steht“. Eine Anzahl Bildnisse vervollständigt die Kollektion. Wilhelm Martins Stärke sehen wir in der Landschaft, durch die er immerhin die Erwartung der Ausbeute von der Kunst, nämlich, daß sie schön zu sein habe, erfüllt.

Otto Laible zeigt Aquarelle und Zeichnungen, und man kann sagen, es ist gleichsam ein Weg zur Höhe, wenn man von seinen Aquarellen zu seinen eindrucksvollen Zeichnungen und „Bildern“ schreitet. Hier ist ein Eigenes, hier ist das Leben gepackt, hier ist „Eindruck“ schlicht und wahrhaftig, wenn wir ganz einfach sagen, die Aquarelle der Pariser Stadt- und Landschaftsbilder, der Hafen- und Flusslandschaften sind schön, so sind es eine Anerkennung sein. Sie sind so schön und duffig, wie die russischen Landschaften, in denen allein die Wärme des Raums besonders dem zum Erlebnis wird, der ihre Größe selbst erlebt hat, — ob sie nun bedrückend wirkt, wie in der Zeichnung „Russischer Winter“ (Panjerschützen), oder befreiend wie in „Frühling“, „Russischer Markt“. Meisterhaft ist die Wir-



Otto Laible: Russische Bauernstube

Traditionsgebundenheit spürbar (über deren Wert für das Heutige man sich streiten mag), so wirken jene Landschaften als malerische Darstellung und Erlebnis durchaus überzeugend. In den sonnigen Landschaften triumphiert das Licht der Impressionisten, ohne zu einer Auflösung der Formen zu führen. Doch man hat seit einem Jahrhundert zuviel über die Malerei theoretisiert. Uns scheint ein Bild muß einfach ergeben, ob es nun Aquarell oder Ölfarbe oder Zeichnung ist. (Auch eine Landschaft mit mythologischen oder klassischen Motiven eines modernen Malers kann uns zum Erlebnis werden, wenn sie jene Größe, jenen Ausdruck so unwillkürlich vermittelt, daß sie auch eines Unverbildeten packt). Neben dem großen Wandbild „Ernte“ (Triptychon, an dem eine schöne Einfachheit besonders der Gegenstände bemerkenswert ist, sind vor allem drei Selbstbildnisse, die „Landschaft mit Sonnen-

kung auf den Betrachtenden in seinen graphischen Arbeiten, wie in der „Russische Bauernstube“, „Nadja“, „Im Kaffeehaus“, „Sturkampf“, „Der Ringkämpfer“, „Im Restaurant“, „Ministernde Kinder“ gezeitigt. Selbst das Aquarell „Selbstbildnis“ erzählt mehr, als man auf Seiten darüber schreiben kann. Die Bilder blieben haften. Viele Aquarelle und Zeichnungen sind darunter, die man gewiß für lange Zeit aufhängen kann, ohne ihrer müde zu werden. Und dies eben ist es, was wir von einem Bild erwarten. Ein kurzer Dialog, dessen Zeuge der Betrachter wurde, möge das deutlicher sagen: ein älterer Mann und ein Jüngling, vermutlich ein Kunstschüler, betrachteten lange schweigend eine der Zeichnungen; plötzlich sagte der Mann: „Siehst Du, dieser Otto Laible kann zeichnen und malen“. Und, fügen wir hinzu, er verschafft Genuß und kann erzählen.
Carl Lamm.

Feierliches Begräbnis von Max Bock

Ein herrlicher, sonniger Frühlingstag, ein Meer von Kränzen und Schleifen, eine feierlich-ernst gestimmte Menge nimmt auf dem Heidelberger Bergfriedhof Abschied von Max Bock, dem verstorbenen Arbeitsminister für Nordwürttemberg, Nordbaden.

Nach Beethovens „Hymne an die Nacht“ spricht Erwin Gutmann das ergreifende „Edd sei der Mensch, hilffreich und gut“. Erwin Eckert, ehemals evangelischer Pfarrer in Mannheim, entrollt als des Verstorbenen Kampfgenosse noch einmal den Lebensweg des armen Handwerkeres, dessen nimmermüde Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit ihn zu hohen verantwortlichen Aufgaben beim Bau unserer neuen Ordnung führte.

Sein Platz war immer nur auf Seiten der Verfolgten, Geknechteten und Entehrten. Sein messerscharfer Verstand, der sich seinen Gegnern oft mit beinahe ironie fühlbar machte, sagte ihm unabweisend, daß nur die Arbeiterklasse, indem sie kraft ihrer ökonomischen Gewichte und ihrer historischen Rolle die ihr zukommende entscheidende Bedeutung erringt, imstande ist, die überlebten gesellschaftlichen Formen unserer menschlichen Beziehungen zu beseitigen. An ihre Stelle sei das Neue, der Sozialismus, zu setzen. Diese Erkenntnis führte ihn zu der nach dem Weltkrieg sich eben erst entfaltenden KPD, in deren Reihen er bis auf seine letzten Tage einer der eifrigsten und eifrigsten Kämpfer war.

Als Schwerverkranker reiste er nach Stuttgart, um durch persönliches Eingreifen die Sozialversicherung vor einem schändlichen Angriff zu bewahren. Man Bock hat die Rettung der Sozialrenten mit seinem Leben bezahlt.

„Niemand kann größere Liebe zeigen, als daß er sein Leben gebe für seine Freunde“.

Karl Schreck als politischer Leiter des KPD, Landesleitung Baden, legte dem Kranz des Zentralkomitees seiner Partei nieder und sagte in schlichten, doch kraftvollen Worten seinem alten Weggenossen und Leidensgefährten um dem KZ Buchenwald ein letztes Lebewohl. „Was Du als Deinen schlichten Wunsch nicht mehr erleben durftest, wir werden es vollenden: Die Einheit der Arbeiterklasse“.

Für die Kreisleitung Heidelberg der KPD sprach Dr. Rudolf Agricola die Abschiedsworte. Heinrich Holle legte das Gelübnis der schaffenden Jugend Heidelbergs ab, im Geiste des Verstorbenen zu lernen und zu streben. Den Kranz der Kreisleitung Karlsruhe der KPD legte Landesdirektor Klausmann nieder.

Als Vertreter der Regierungen waren anwesend: für Nordwürttemberg-Nordbaden Ministerpräsident Köhler und Arbeitsminister Rudolf Kohl. Für Großhessen Arbeitsminister Müller. Die Stadt Heidelberg war vertreten durch Oberbürgermeister Wals und Stadtrat Böning sowie durch Abordnungen öffentlicher Körperschaften, der Vorsitzende der SPD Heidelberg, Amann, der KZ-Betreuungsstelle und öffentlicher Betriebe, Arbeiterdelegationen aus Heidelberg und Umgebung und aus Garmisch-Nordbaden, vor allem aber aus Mannheims Fabriken und öffentlichen Betrieben, überbrachten Max Bock die letzten Grüße.
Boe.

Landesbischof Tolzien †
Neustrelitz. Der soeben in Basedow (Mecklenburg) verstorbenen Landesbischof D. Gerhard Tolzien galt als einer der hervorragendsten Kanzelredner der Gegenwart. Seine Predigerartigkeit führte ihn weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Den Höhepunkt seines theologischen Schrifttums bildet der Predigtband „Land, Land, Land, höre des Herrn Wort“, ein Jahrgang Predigten über alttestamentliche Texte, der 1932 erschienen und von den Nazis auf den Index gesetzt wurde.
DANA

Rheinwasserstände
21. März: Konstanz 260 (0), Breisach 180 (-3), Maxau 405 (0), Mannheim 300 (-7), Mannheim Neck. 301 (-11).

Kulturnotizen

Professor Dr. Franz Böhner, Direktor des Pathologischen Instituts, ist zum Prorektor der Universität Freiburg i. B. gewählt. — Prof. Dr. Richard Eganter, der Passauer Moralthologe und Sozialethiker, wurde als Ordinarius der gleichen Disziplin in die katholisch-theologische Fakultät der Universität München versetzt.
DANA berichtet:
In Stuttgart wird voraussichtlich Ende März die Eröffnung einer Kammertheater stattfinden. Als Eröffnungsvorstellung ist „Das Spiel von Liebe und Tod“ von Romola Roland vorgesehen.
Stuttgart. Im Rowohlt-Verlag erscheint zweimal im Monat die Zeitschrift „Pinguin“. Sie nennt sich „Zeitschrift für junge Leute“ und wird von Erich Kästner, Mannes herausgegeben.
Weimar. Das völlig niedergebrannte deutsche Nationaltheater in Weimar wird wieder aufgebaut. Der Landespräsident Dr. Rudolf Paul bezeichnete bei der Grundsteinlegung die Aufbaubarbeiten als Beginn des neuen Kulturschaffens.
Magdeburg. Eine Originalstatue zu Anselm Feuerbachs berühmtem Gemälde „Medea“ wurde jetzt in Magdeburg entdeckt als eine Frau verschiedene Bilder aus einem Nachlaß kaufte, um mit dem Glas ihre zerbrochenen Fenster zu reparieren.

Der häßliche Anblick

Von Karl Michels, Seheim

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!“ — Noch gellen uns dieses und andere Schlagworte der Nazi-Kreis-, Gau- und Reichsredner in den Ohren, und nicht selten lassen wir in stillen Stunden die Losungen der NS-Eispitche aus den verflochtenen Jahren Revue passieren, die der Jugend über den Weg der „freiwilligen Unterordnung“, des „bedingungslosen Gehorsams“ und des „unbedingten Glaubens an die Idee des Führers“ ein Traumland vorgegaukelt haben, dem einstmal „die ganze Welt“ gehören sollte.

Wem kommen dabei nicht die Moneypol-Bilder des „auch nicht der Nazi-Partei angehörenden“ Herrn Heinrich Hoffmann aus der Reichsdunkelkammer in Erinnerung, die den „Führer“ immer wieder im Kreise seiner „begeisterten“ Jugend und vornehmlich „vor Glück strahlenden Kinder“ (wie die Bildunterschriften betagten!) zeigten. Die Sondernummern der NS-Pressen strotzten jeweils von Führer-Kinder-

bildern, und der Glorienschein um den „geliebten, so kinderliebenden Führer“ — gesteuert aus der Zentrale des Reichspropaganda-Ministeriums über besagten Herrn Hoffmann — wurde immer heller, der in stets neuen Variationen die Kinder des Vasallen Goebbels im Zusammensein mit dem „Führer“ knipste (denn andere Kinder waren es selten, wie dem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen ist), um sie dann für teures Geld an die Presse weiterzuleiten.

Wie sah es indessen in Wirklichkeit um die Kinderliebe des Führers aus? München 1938. Mit ungeheuren Aufwand war das Privatwohnhaus des Industriellen Sch. zu einer weiteren Führer-Wohnung umgestaltet worden und hatte Professor Trost zu einem märchenhaften Preis nachsiederer Wohnung, Fassade und Treppenaufgang umgestaltet. Das Treppenhause sah ein riesiges Glasfenster vom Parterre bis zum vierten Stockwerk vor, und nach Beendigung des Umbaus mußte die Münchener Feuerwehr zu einer Reinigung herbeigeholt werden, denn (Entwurf Professor Trost stand rechts unten in

der Ecke), man hatte vergessen, eine Öffnungsvorrichtung vorzusehen.

Kurzum, in besagtem Haus war die Wohnung im vierten Stockwerk an einen Hauptmann W. vermietet, dessen elfjähriges Kind gelähmt war und seit Jahren einen Rollstuhl zu seiner Fortbewegung benutzen mußte. Alle ihre Liebe und Zuneigung ließen die Eltern dem Kinde zuteil werden, und wenn nur ein wenig Sonne in den Hof des Hauses fiel, waren der besorgten Mutter und dem liebevollen Vater keine Mühe zuviel, das arme Kind aus dem vierten Stockwerk in den Hof an ein sonniges Plätzchen zu tragen.

An einem hellen Vormittag kam der SS-Obersturmführer, der im Parterre des Hauses untergebracht war, dem Besitzer des Hauses, dem Industriellen Sch., mit dem Anliegen, man möge doch der Familie W. im vierten Stockwerk die Wohnung aufkündigen. Auf die Frage nach dem Beweggrund dieses überraschenden Ansinnens wurde folgendes bekannt: Bei der letzten Anwesenheit des „Führers“ in München sei dem Führer auf seinem Weg zu Wohnung auf der Treppe ein schreck-

licher und häßlicher Anblick geboten worden. In einem Rollstuhl sei ein blasses, gelähmtes Kind am „Führer“ vorbeigetragen worden. Der Führer habe geäußert, dieses Bild nicht mehr sehen zu wollen.

„Nie und nimmer“, so entgegnete Herr Sch., würde er der Familie W. mit dieser Begründung kündigen, die in der ganzen Straße ob ihres lauten und sympathischen Wesens von jedermann geschätzt würde. Der Obersturmführer schwieg und ging.

Vier Wochen später in der Wehrkreisverwaltung München. Bei Dienstantritt wurde dem Hauptmann W. Mitbewohner des Führer-Wohnhauses, ein dienstliches Schreiben überreicht, das ihn mit sofortiger Wirkung nach Ingolstadt versetzte. „Dienstwohnung sei vorhanden“ war zum Abschluß des gesiegelten Schreibens zu lesen.

Der häßliche Anblick war verschwunden. Herr Heinrich Hoffmann konnte weiter Bilder knippen, die einen „strahlenden Führer im Kreise einer glücklichen, ihm unbeschreiblich liebenden Jugend zeigten“.

DAS WORT DER FRAU

Deutsche Frauenbewegung

Die jüngere Generation

Zwischen beiden Generationen steht als ein Zusammenklang von Willen und Werk, Helene Lange; ungeheurer ist ihre Wirkung auf die Frauenbewegung durch die energiegeladene, gradlinige Förderung aller Frauenbestrebungen, durch ihre Publizistik, ihr pädagogisches Ingenium und die Kraft ihrer Persönlichkeit, der sich niemand zu entziehen vermag.

Zeitlich kommt Helene Lange noch aus dem Stadium mangelhafter Ausbildungsmöglichkeiten, weshalb sie nach autodidaktischer Vorbildung dann im Alter von 23 Jahren 1872 in Berlin sich der Lehrerbildung unterzieht. Als Ziel jeden Unterrichts bezeichnet sie selbst das „Bewußtsein geistiger Kraft und das lebenerfüllende Glück inneren Wachstums“ in den SchülerInnen zu wecken. Ausweitung des Persönlichkeitswertes über alles Zufällige hinaus durch Teilnahme am geistigen Schaffen, das ist es, was Helene Lange instinktiv und immer weitersprechend sucht, für sich und für andere; aus der ungeheuren Sicherheit ihres Strebens erwidert sich Glied an Glied zu einer Kette: als z. B. ihre Eingabe an den Reichstag 1893 um Zulassung von Frauen zum Medizinstudium unbeantwortet blieb, richtete sie kurz entschlossen einen Realkursus als Vorbereitung zum Studium in der Schweiz ein, nicht aus Rechthaberei, sondern, weil sie klar genug sieht, daß die Frauenbewegung wissenschaftlich vorgebildeten Frauen aufgebaut werden muß. Um dieser Arbeit neben sich dulden, verzichtete sie auf ihre Anstellung an der Mädchen- und Frauenhochschule, brachte damit ein doppeltes finanzielles Opfer, das die Vorbereitungskurse weit entfernt davon eine Einkommensquelle zu sein, vielmehr Zuschüsse aus ihren eigenen Ersparnissen forderten.

Die ruhige Bestimmtheit, mit der Helene Lange auch in den Vereinen der Bewegung das Richtige traf, erwarb ihr auch dort das Vertrauen, aus dem heraus man sie schon 1890 in den Vorstand des Allg. Deutschen Lehrerinnenvereins wählte; 1902 kam die Arbeit im Vorstand des Allg. Deutschen Frauenvereins hinzu, dem dann die Leitung des Allg. Deutschen Frauenbundes folgte.

Als Helene Lange die Frage des Frauenwahlrechts als Forderung der Frauenbewegung aufnahm, ließ eine schicksalhafte Vervollendung ihres Daseins sie nicht nur die neue Verfassung im Jahre 1919 erleben, sondern auch als Stadtverordnete in Hamburg dies neuverworbene Recht selber ausüben; Zweck

Beiertheim und dem Dorf Rüppurr, können der Auswurf von Tuberkulosekranken und sonstige ansteckungsfähige Keime gelangen, die im trockenen Zustande mit dem Staub der Straße eingatmet werden. Die Anforderung, die an die normale Größe und Beschaffenheit von Wohnungen zu richten ist, muß in der Gegenwart leider zum Nachteil der Gesundheit herabgeschraubt werden, ebenso auch für Heizung und Beleuchtung. Aber in den Wohnräumen tut die sorgende Hand der Hausfrau ihr Möglichstes, um durch Sauberhaltung ein Mindestmaß von Hygiene auch dann zu erreichen, wenn notwendige Bedingungen nicht erfüllt sind; um so mehr zu beklagen ist der Mangel an Scheuer- und Putzmitteln, mit denen zu hantieren jetzt doch so notwendig ist. Wir hoffen, dieser Satz möge von den Lesern der in Frage kommenden gewerblichen Be-

Gesunde Lebensgemeinschaft

Die Gesunderhaltung der Lebensgemeinschaften in Stadt und Land hängt von manchen wichtigen Einzelheiten ab. Zu großer Wassergerechtigkeit des Bodens und zu hoher Grundwasserstand machen Keller und Erdgeschosswohnungen feucht und fördern die Schimmelbildung. In der Nähe der Wohnungen muß genügend und ganz einwandfreies Wasser sein. Auf die Person und den Tag, für Durst, Speisen, Wasch- und Putzzwecke und gewerblichen Verbrauch rechnet man 200 Liter. Verunreinigte Brunnen und Wasserleitungen sind die Ursache zu ansteckenden Krankheiten wie Typhus, Cholera und Ruhr. Die Überwachung des Brunnen- und Leitungswassers muß daher in regelmäßigen Zeitabständen stattfinden. In den offenen Ablauf der Abwässer in die Straßenrinne, wie z. B. in Bulach,

Gewerkschaftsarbeit

Die Deutsche Arbeitsfront als Organisation von Hitlers Gnaden hatte der NSDAP Hilfsdienste zu leisten. Die Unternehmer als Betriebsführer verfügten über das alleinige Bestimmungsrecht und ernannten ihre Lakaien zu Betriebsobmannen. Die alten Gewerkschaftler sahen bestürzt diesem Treiben zu und waren erbittert wie alle hart erkämpften Errungenschaften auf politischem, kulturellem, arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiet beseitigt wurden. Die neugebildeten Gewerkschaften müssen jetzt ein Bollwerk der Arbeitnehmer errichten, das in allen Fragen des öffentlichen Lebens, in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art nicht übergangen werden kann. Überall wird der ADGB zu Beratungen herangezogen. Er nimmt vor allem Einfluß auf alle Dinge in der Wirtschaft. Ihm steht das hohe Ziel vor Augen, dem wirtschaftlich Schwachen in allen Lagen zu helfen. Seine Aufgabe ist, eine neue Sozialversicherung aufzubauen. Ein geringer Teil der zur Verfügung aufgewendeten Mittel würde heute genützt um unseren Alten und Kranken eine Versorgung zu geben. Ein neues Arbeitsrecht und ein Betriebsratsgesetz sind zu schaffen. Die Arbeitsgerichte müssen

Der Regenbogen

Im Verlag von Michael Bechteln, München, ist eine neue Frauenzeitschrift herausgekommen, die erste ihrer Art in Süddeutschland. Zu der Auswahl des Titels sagt das Vorwort des Verlags: „Es steckt uns allen von dem großen Unwetter noch der Schrecken und die Regenbogen, vom Sonnlicht hervorgezaubert, schwingt sich leuchtend über die noch tränennasse Erde. So haben wir unsere Zeitschrift nach diesem alten biblischen Sinnbild der Hoffnung, des Friedens und der Versöhnung benannt.“

Die Zeitschrift wendet sich insbesondere an die Hausfrauen. Ein Aufsatz über politische Bestimmung der Frau will helfen, das Interesse am Allgemeingeschehen zurückzugewinnen, sie zur Mitarbeit an der Lösung von Problemen anzuregen, die auch ihr persönliches Dasein mitberühren. Neben einem Erinnerungsbild für Babal Varnhagen steht eine Darstellung über „Die Amerikaner“. Sie gibt einen Einblick in die Erziehungsgrundsätze und Lebensführung der Frauen jenseits des Meeres. Das Schwergewicht des Heftes liegt auf dem praktischen Teil. Da sind Vorschläge zur Herrichtung und Erneuerung von Kleidungsstücken aller Art. Da sind die verschiedensten Kochrezepte, um die jetzige Spärlichkeit ein wenig abwechslungsreicher zu gestalten. Da sind Anregungen, auch ein Modell zum Selbstverfertigen von Spielzeugen aus alterlei Resten. Ergänzt wird dieser praktische Teil durch Hinweise darauf, wie Säfte gespart werden kann, und wie Einkäufe zu verhindern sind. Auch konkrete Ratschläge für eine gute Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule werden gegeben. Die Zeitschrift erscheint monatlich.

Frühling

Frühling läßt sein blaues Band wieder flattern durch die Lüfte. Süße, wohlbekannte Düfte streifen abhangvoll das Land. Veilchen träumen schon, wollen halde kommen. Horch —, von fern ein leiser Harfenton. Frühling, ja du bist's, dich hab ich verkommen. Mörke.

Strafen bei Mehrverbrauch von Gas und Strom

Neben der strafrechtlichen Verfolgung bei zu hohem Gas- und Elektrizitätsverbrauch wird es in Zukunft auch Verwaltungsstrafen geben, heißt es in dem am Mittwoch vom Alliierten Kontrollrat beschlossenen Gesetz Nummer 19, durch das die Bestimmungen des Gesetzes Nummer 7 teilweise ersetzt werden.

Zwei Arten von Verwaltungsstrafen sind vorgesehen. Eine Zusatzgebühr über die eigentliche Elektrizitäts- und Gasgebühren hinaus und eine Sperrung von Strom und Gas. Ob und wann diese Verwaltungsstrafen an Stelle der eigentlichen strafrechtlichen Maßnahmen angewandt werden, hängt von der Schwere der Übertretung ab. Strafverfolgung findet statt, wenn der Mehrverbrauch über 10% der zugelassenen Strommengen beträgt oder bei weniger als 10%, wenn der Verbraucher zum dritten Male oder noch häufiger die Grenze überschritten hat.

Radio-Programm

Sonntag, 24. März: 10-10.30 Gottesdienst, Baptistengemeinde; 10.30-11 Kammersaal; 11-11.30 Gottesdienst, Evangelische Kirche; 11.30-12.15 Nachrichten; 12.15-12.30 Was hört man heute; 12.30 bis 13 Musik zur Mittagstunde; 13-13.15 Aus Kunst und Wissenschaft; 13.15-13.30 Stimme Amerikas; 13.30-14 Suchdienst Frankfurt; 14-14.30 Stimme der Freiheit in der

Gewerkschaften gleichberechtigte Partner der Wirtschaft

München, 21. März. (DANA) Der Landessekretär der Gewerkschaften, Josef Reuter, sagte in der ersten Versammlung der Münchner Betriebsobleute, daß die Gewerkschaften in Zukunft nicht mehr Kulis der Wirtschaft, sondern gleichberechtigte Partner sein sollen. Er erklärte, daß die Gewerkschaften nicht mehr zu dem Unterstützungswesen vor 1933 zurückkehren. Ihr Vermögen muß dazu dienen, Machtpositionen der Wirtschaft zu erobern. Waren wir in der Vergangenheit eine große soziale Volkswirtschaft, so ist es heute unser Ziel, selbst die Wirtschaft zu werden. — Als Vertreter der Berliner Gewerkschaften übermittelte Hermann Schlimme die Grüße der Gewerkschaften der russischen Besatzungszone und berichtete über den Wiederaufbau des Gewerkschaftslebens in dieser Zone, in der z. B. die sogenannten Unternehmensverbände restlos verboten worden seien. — Von der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der neben einer sozialen Unterstützung der Arbeitnehmer und der Wiederherstellung der Selbstverwaltung die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung gefordert wird.

Musik; 14.30-14.45 Aus neuem Geist; 14.45 bis 15.15 Aus der schwedischen Heimat; 15.15 bis 17 Musik zur Kaffeestunde, dazwischen, etwa 16 Uhr 2. Halbzeit des Fußballspieler West-Süddeutschland; 17-18.30 Schauspielerei; 18.30-19 Ensemble „Clavigo“ von Goethe; 19.30-19.45 Musik bei Dämmerung — Bruckner-Chor; 19 bis 19.30 Gedichte & Töne; 19.30-20 Echo des Tages; 20-20.15 Nachrichten Frankfurt; 20.15-21 Operetten-Cocktail; 21-22 Radio Stuttgart Symphonie-Orchester; 22-22.15 Stimme Amerikas; 22.15-22.30 Pressestimmen; 22.30-23 Tanzmusik — Tempis; 23-23.15 Nachrichten Frankfurt.

Musik; 14.30-14.45 Aus neuem Geist; 14.45 bis 15.15 Aus der schwedischen Heimat; 15.15 bis 17 Musik zur Kaffeestunde, dazwischen, etwa 16 Uhr 2. Halbzeit des Fußballspieler West-Süddeutschland; 17-18.30 Schauspielerei; 18.30-19 Ensemble „Clavigo“ von Goethe; 19.30-19.45 Musik bei Dämmerung — Bruckner-Chor; 19 bis 19.30 Gedichte & Töne; 19.30-20 Echo des Tages; 20-20.15 Nachrichten Frankfurt; 20.15-21 Operetten-Cocktail; 21-22 Radio Stuttgart Symphonie-Orchester; 22-22.15 Stimme Amerikas; 22.15-22.30 Pressestimmen; 22.30-23 Tanzmusik — Tempis; 23-23.15 Nachrichten Frankfurt.

Die Stimme der Parteien

Die ursprünglich von dem Heiligen Professor Albert Kessler im Herbst 1934 gegründete Demokratische Partei Karlsruhe hat sich der „Demokratischen Volkspartei, Landesverband Württemberg-Baden“ angeschlossen. Sie bildet somit ein Glied dieser größeren Landespartei, die ihren Aufbau kurz vor den Gemeindevahlen begonnen hat und jetzt bereits eine rege Tätigkeit entfaltet. Die Karlsruhe Geschäftsstelle der Demokratischen Volkspartei befindet sich in der Hirschstraße 51 b (Telefon Nr. 7670).

Zum 1. Vorsitzenden des Landesverbandes von Württemberg-Baden wurde der stellvertretende Oberbürgermeister von Stuttgart, Rechtsanwalt Dr. Heuss, ein Sohn des berühmten württembergischen Demokratieführers Heussmann, und zum 2. Vorsitzenden der Karlsruher Rechtsanwalt und Notar Dr. Hermann Kessler gewählt.

Auch in anderen Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes und der anderen Zonen haben sich Parteien gleicher Richtung, teilweise etwas verschiedenen Namens gebildet, so insbesondere die Liberal-Demokratische Partei in Hessen, in Berlin und andernorts. Die „Demokratische Volkspartei Baden“ bestimmt durch die einstweilen ihre Selbständigkeit bewahren. Inwieweit später ein Zusammenschluß mit diesen Liberal-Demokratischen Parteien der anderen Länder auf Reichsebene stattfindet, bleibt der weiteren Entwicklung überlassen. Einstweilen wird das Gesicht der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Baden bestimmt durch die führenden Männer in der Regierung. Diesem Ministerpräsidenten Dr. Reibelhoff und dem Kultusminister Dr. Heuss. Für die Karlsruhe Bevölkerung wird es von besonderem Interesse sein, zu hören, daß diese Herren voraussichtlich demnächst in einer größeren Versammlung der Demokratischen Volkspartei in Karlsruhe sprechen werden.

Die heutige Ortsgruppe betrachtet es als ihre wichtigste Aufgabe, namentlich zu den breiten Tagessparten praktisch Stellung zu nehmen. Für unfruchtbare Programmdiskussionen und kleinliche Meinungsverschiedenheiten auch unter den großen Parteien selbst, ist heute kein Raum, und die Not zu groß. Die Demokratische Volkspartei wird deshalb zunächst durch ihre mit der Materie vertrauten Männer in mehreren Versammlungen Aufklärung geben über Wesen und Inhalt des heute alle Gemüter bewegenden Betreibungsgesetzes vom 5. 3. 1946 und die neuen Steuerregeln. Es wird sich lohnen, diese bittere Erbschaft des Dritten Reiches einmal kennenzulernen.

Kirchliches Leben

Christliche Mission in der Verfolgung. Der Krieg im Fernen Osten hat über die christliche Mission schwere Leiden gebracht. Der bekannte japanische Evangelist und Sozialreformer Dr. Toyohiko Kagawa, der jetzt ein wichtiges Amt als Berater des neuen japanischen Regierungskabinetts bekleidet, erklärte einem amerikanischen Pressevertreter, daß sich die japanischen Christen während des Krieges durch die ihnen auferlegten Leiden und Entbehrungen und eine ständige Todesgefahr genötigt sahen, ihre Tätigkeit im Verborgenen auszuüben. Die ersten Berichte, die von den Kirchen und Missionen Niederländisch-Ostindiens eingelaufen sind, schildern die ungeheuren Leiden und unersetzlichen Verluste, deren Opfer sie während der japanischen Besetzung geworden sind. In den Gefängnissen der japanischen Polizei starben 30-40 Missionare und Pfarrer. Viele christliche Mitarbeiter saßen im Gefängnis, weil die Kirchen heimlich ein Hilfswerk organisierten, wodurch Hunderte von Menschenleben gerettet werden konnten. In den Internierungslagern war die Abhaltung von Andachten verboten. Marx hat diesen Wert den Mehrwert genannt. Er ist es,

Wettervorhersage

Vorhersage: Wechselnd, meist stärker bewölkt. Einzelne Regenfälle. Tagestemperaturen vielerorts um 10 Grad. Kein Nachtfrost. Südwestliche bis westliche Winde.

Wettervorhersage

Vorhersage: Wechselnd, meist stärker bewölkt. Einzelne Regenfälle. Tagestemperaturen vielerorts um 10 Grad. Kein Nachtfrost. Südwestliche bis westliche Winde.

der den Reichtum, das Kapital für den privaten Besitzer der Produktionsmittel erzeugt. Die Produkte, die den Bedürfnissen aller Mitglieder der Gesellschaft dienen erzeugt, gehen jedoch in das private Eigentum des die Produktionsmittel Besitzenden über. Es ist klar, daß ein solcher gesellschaftlicher Zustand zu Gefahren, zu Konflikten, zu Klassenkämpfen führen muß. Die Kampfstellung der Arbeiterschaft gegen die Herausforderung der Altersgruppe in der Inflationversicherung ist ein deutlicher Ausdruck solcher vorhandener Gegensätzlichkeiten.

Mit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die wir Reformen nennen, sind die Klassenverhältnisse keineswegs zu bessern. Es müssen notwendigerweise neue Konflikte entstehen und Produktionsmittel wieder hergestellt und die Besitzer lebenswichtigen Entscheidungen der Fabriken sich der Kontrolle und Mitbestimmung durch Arbeitervertreter zu entziehen vermögen. Ein deutliches Streben nach dieser Richtung ist bereits unverkennbar.

Reformen können nur Nebenprodukte des Klassenkampfes sein, eine absolute Lösung der sozialen Frage sind sie nicht. Die Sozialisten haben den Klassenkampf nicht aufgegeben, die Wirtschaftsweise Er wird erst dann endgültig verschwand sein, wenn neue sozialistische Produktionsformen jeden gesellschaftlichen Konflikt ausschließen.

Der Monopolkapitalismus in Deutschland ist zerschlagen. Das bedeutet aber noch nicht die Aufhebung der Klassengegensätze. Noch ist die Wirtschaftskraft die alte, nämlich die kapitalistische. Es ist dem Monopolkapitalismus gelungen, mit Hilfe des Nationalsozialismus in der Entwicklung zu einem höheren gesellschaftlichen Dasein eine katastrophale Unterbrechung herbeizuführen.

Ob Klassenkampf zu sein habe oder nicht, bleibt dabei nicht dem mehr oder weniger großzügigen Ermessen einer Partei überlassen. Klassenkampf ist nicht ein Punkt in einem Parteiprogramm der belagert zu streichen wäre, sondern eine Tatsache im ökonomischen System der nach wie vor bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In der Erwartung, daß über alle eigensüchtigen Interessen hinweg die Einheitspartei der Arbeiterklasse sich formieren wird, sehen alle einheitsbereiten Kräfte den kommenden schweren Kämpfen in dem Bewußtsein eigener Stärke entgegen.

Um den Religionsunterricht in den Berliner Volksschulen

In einem Artikel über Sinn und Bedeutung des Religionsunterrichtes im „Berliner Tagesspiegel“ vom 8. Februar 1946 antwortet ein evangelischer Pfarrer auf die Ausführungen von Prof. Oestreich über den überkonfessionellen Religionsunterricht sowie eine „autonome“ Bildung forderte. Der Verfasser schreibt unter anderem: Es ist nun einmal eine Tatsache, daß in Berlin die überwiegende Mehrheit der Eltern den Religionsunterricht fordert. Sollte das nicht ein Symptom dafür sein, daß sich in unserem Volke eine geistige Wende abbahnt? Den Weisen und Klugen ist es verborgen, aber Eltern und Kinder spüren es. Man spricht von autonomer Bildung, Autonomie und Autarkie. Wir haben in den letzten Jahren genug davon gehört. Wir hatten einen autonomen Staat. Aber alles ist jammervoll zusammengebrochen. Ist es da ein Wunder, daß man heute in unserem Volke nach anderen Bindungen sucht, die blühendfüllten Bindungen, daß man nach einer Erziehung fragt, die unser Jugend an Gott bindet? Nicht Autonomie, sondern Theonomie ist das Gebot der Stunde!

Das neue Wohnungsgesetz

Bewertung aktiver Antifaschisten und Naziofifer

21. März (DANA). Das vom Reichskriegsministerium erlassene neue Wohnungsgesetz überträgt die Verantwortung für die Wohnraumpolitik an die deutschen Behörden. Die bisherige Wohnraumpolitik wurde durch das neue Gesetz abgebrochen. Die im Jahre 1943 hergeleitete Verordnung über die Wohnraumpolitik aufgehoben.

Die aktiven Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und die Opfer des Faschismus werden bei der Verteilung von Wohnraum bevorzugt behandelt.

Artikel VIII

1. Bei der Zuteilung freien Wohnraumes haben sich die deutschen Wohnraumbehörden nach folgenden Grundsätzen zu richten:

- a) In erster Linie sind in jedem Falle bevorzugt zu berücksichtigen solche Personen, die dem nationalsozialistischen Regime Widerstand geleistet haben, oder durch seine Maßnahmen benachteiligt worden sind.
- b) Unter gleichberechtigten Personen sind zu bevorzugen:
 1. kinderreiche Familien,
 2. heimatlose Personen,
 3. Invaliden und Körperbehinderte.

Artikel IX

1. Die Zuteilung wird in folgender Weise vorgenommen:

- a) Die deutschen Wohnraumbehörden haben für jeden Wohnraum, sobald er durch Erlassung oder anderweitig frei wird, eine nach den obigen Grundsätzen ausgewählte Person als Mieter zu benennen und von dem Eigentümer zu verlangen, mit dieser ein Rechtsverhältnis abzuschließen, das ihm die Benutzung des betreffenden Wohnraumes sichert (Zuweisung).

Artikel X

1. Alle Personen müssen mit dem Antrag auf Zuteilung von Wohnraum der zuständigen Wohnraumbehörde ihre Lebensmittellisten und falls sie der Arbeitsverpflichtungspflicht unterliegen, ferner entsprechende Bescheinigungen des Arbeitgebers mit Angabe ihres Berufes oder ihrer Beschäftigung vorlegen.

Artikel XI

1. Die deutschen Wohnraumbehörden haben die Militärregierung und die deutschen übergeordneten Verwaltungsbehörden Berichte einzurichten. Termine und Form der Berichterstattung unterliegen den Vorschriften der Militärregierung bzw. den übergeordneten deutschen Verwaltungsbehörden. Diese Berichte haben die Art und Weise der Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes anzugeben und insbesondere die in Artikel VIII niedergelegten Zuteilungsgrundsätze und insbesondere auf welche Weise die in Artikel VIII niedergelegten Zuteilungsgrundsätze Anwendung finden.

Artikel XII

1. Die Militärregierung kann bestimmte Gemeinden oder gewisse Bezirke zu „Brennpunkten des Wohnungsbedarfs“ erklären. Liegt eine derartige Erklärung bezüglich einer Gemeinde oder eines Bezirkes vor, so können die zuständigen deutschen Wohnraumbehörden alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um den Zuzug von Personen dorthin zu verhindern und die Abwanderung von Einwohnern der für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens der Gemeinde oder des Bezirkes nicht erforderlich sind, zu erleichtern.

Artikel XIII

1. Im Sinne dieses Gesetzes sind alle Ausführungsbestimmungen und Anweisungen hierzu sind, falls sich nicht aus dem Zusammenhang etwas anderes ergibt, die folgenden Wörter und Ausdrücke folgendermaßen zu verstehen:

- a) Der Ausdruck „Wohnraum“ umfasst jeden Raum, der gegen Witterungseinflüsse geschützt ist, über hinreichende Beleuchtung, Luft- und geregelte Wasserversorgung verfügt und für welchen sonstige Einrichtungen in notwendigem Ausmaß zugänglich sind. Er umfasst nicht Badezimmer, Flure und Treppenhäuser, Küchen mit einem Flächenraum unter 10 qm und die ersten zehn Quadratmeter größerer Küchen.

Artikel XIV

1. Der Betroffene kann innerhalb einer Frist von 3 Tagen nach Zustellung oder Anweisung der Mitteilung Beschwerde bei der Wohnraumbehörde einlegen, welche die Entscheidung hat. Falls diese Behörde der Beschwerde nicht abhilft, muß sie dieselbe der zuständigen Stelle des zu erfassenden Wohnraumes übergeben.

Artikel XV

1. Die zuständigen deutschen Wohnraumbehörden haben in ihrem Amtsbereich alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung der Bestimmungen dieses Gesetzes erforderlich sind.

Artikel XVI

1. Die zuständigen deutschen Wohnraumbehörden haben in ihrem Amtsbereich alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung der Bestimmungen dieses Gesetzes erforderlich sind.

Artikel XVII

1. Die zuständigen deutschen Wohnraumbehörden haben in ihrem Amtsbereich alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung der Bestimmungen dieses Gesetzes erforderlich sind.



Der Sport

Sportneuigkeiten

Fußball-Liga in der Sowjetunion
In Turkestan haben die ersten Spiele stattgefunden und im April beginnt die Runde der Staatsmeisterschaft. In der ersten Gruppe spielen u. a. der Meister Dynamo Moskau und der Pokalsieger Central Roter Armeeklub.

Heine, Finlands neuer Wunderläufer
Wie eine gemeinsame Fianz hat das Feld der nordischen Langstreckläufer die ersten 10 Plätze der Welt. Keine anderen, außer Schweden und Finnland, haben einen Platz in der Bestenliste. Die einzige Ausnahme ist Frankreichs Cross-Country-Meister Pajazon, der über 3000 m den 5. Platz einnimmt.

Der Mittelweltrekordmann Gunnar Haegg hat mit 21:5,8 Min. der Welt bester 3000-m-Läufer. Seine schwedische Landsleute Durfeldt (8:19,2), Ahlén (8:19,2) und Andersson (8:19,8) folgen vor Pajazon-Frankreich (8:20,6). Die Finnen Mäki und Heino (8:21,4 bzw. 8:22,0) rangieren an 8. und 10. Stelle. Heine vertrat 2000 m und 10.000 m mit Abstand die besten Zeiten. Heines Leistungen sind 14:17,3 und 30:02,6 Min. Ostbrink-Schweden kommt mit 14:22,8 am nächsten an Heines 5000-m-Zeit und Jacobsson-Schweden mit 30:12,0 am nächsten an Heines 10.000-m-Zeit. Das zweite finnische A-Team ist Mäki (14:27,0 und 30:17,8). Interessant ist, daß die Schweden Haegg und Andersson, die Weltrekordler der Mittelstrecken, auch hervorragende 5000-m-Läufer sind. Haegg erreichte 14:29,0 und Andersson 14:37,8 Minuten.

Kanadische Hockeymannschaft — Schweizer Nationalmannschaft
[AP] Eine kanadische Hockeymannschaft schlug eine Schweizer Hockey-Nationsvertretung in Lausanne vor 12.000 Zuschauern mit 8:3.

Im Halbfinale der Rugbyweltmeisterschaft von Frankreich siegte Pau über Perpignan 6:3 und Lourdes über Toulon 5:4. — Coventry Rugbyteam spielte in Frankreich zweimal unentschieden 14:14 in Clermont, 8:8 in Lyon. Mit 8:4 blieb Wales im Rugbyländerkampf in Cardiff gegen Irland siegreich.

Die Ringer der Sowjetunion siegten im Prager Länderkampf gegen die Tschechoslowakei mit 5:2 Punkten.

Ergebnisse der Kreisklasse Hardt
Lienheim — Graben 3:0
Eggsteinen — Leopoldshafen 0:1
Friedrichstal — Spöck 6:1
Rühlheim — Liedolsheim 4:1

Bez. 1 Kreis Ess-Plan
Mühlacker 12 11 1 — 23:1 53,9
12 10 1 1 21:3 44,8
Kleinschöna 12 9 3 — 21:3 42,9
Ottelsheim 11 5 1 5 11:11 19,23
Wiemersheim 11 4 1 6 9:13 29,39
Buzingen 11 4 1 6 9:13 29,39
Emberg 11 4 — 7 8:14 17,29
Bockenberg 11 3 — 9 6:15 9,41
12 3 — 9 6:15 18,47
Gschelbrunn 11 — — 11 0:22 5,44

Sport am Sonntag
In Stuttgart: Süddeutschland — Westdeutschland.

Landesliga: Badland — Kellingsen, Mühlburg — Neckarau.

Bezirksliga: Gruppe Ost: Berghausen — Jöhlingen, Weigarten — Söllingen, Blankenloch — Grötzingen, Aue — Durlach, West — Hagsfeld.

Gruppe West: Frankonia — Mörch, Söckster — Neureut, Forchheim — Rippurt, Bulach — Melsch, 21 Karlsruhe — Böhlerheim, Neuburgweiler — Ettlingen.

KTSV — Schweinfurt
Schwerathletik
Grötzingen — Germania Karlsruhe.

DIE WIRTSCHAFT

Genehmigungspflichtige Warenbeschaffung
Die Militärregierung hat bestimmt, daß genehmigungspflichtige Waren in Besetzungstruppen benötigten Waren nicht aus deutschen Beständen beschafft werden dürfen, wenn dadurch der deutsche Mindestbedarf gefährdet wird.

Größeres Exportgeschäft Württemberg-Beigien
abgeschlossen. Photographie-Gelatine im Werte von 72.000 Dollar wird in diesen Tagen von Württemberg-Baden nach Belgien verschifft werden, heißt es in einer Bekanntmachung der Militärregierung. Dies ist der größte Exportauftrag, der bis jetzt aus Württemberg-Baden genehmigt worden ist. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten fünf Wochen Exportaufträge im Werte von insgesamt zwei Millionen Mark zum Abschluß kommen. Der Gegenwert wird Deutschland in Form von Dollarkrediten zum Einkauf wichtiger Importwaren zur Verfügung gestellt werden. (DANA)

Dezentralisierung des Kohlenkontrollers. Die Militärregierung hat die Dezentralisierung des „Kohlenkontrollers“ genehmigt.

Das Kohlenkontrollerteil der gesamte Produktion und Verteilung der aus deutschen Betrieben geförderten Kohle und bituminösen Steinkohlen, die mit Stahl- und Braunkohle handelten, ein Monopol. Obwohl es sich bei diesen Gesellschaften um Privatunternehmen im Besitz der Bergwerksindustrie im Rhein-Ruhr-Gebiet, in Oberschlesien und Mitteldeutschland handelte, hatten sie insbesondere bei der Preisfestsetzung gewisse öffentliche Befugnisse.

Messevorbereitungen in Leipzig
Immer neue Anmeldungen aus allen Industriezweigen laufen für die Leipziger Messe ein und die Vorbereitungen für die Unterbringung von Waren und Besuchern sind in vollem Gange, teilt der Geschäftsführer des Leipziger Messeamtes mit. Das Messegelände wird sich auf den Peterhof, den Snerkhof und den Zentralmessegelände beschränken. Zum erstmaligen stellt sich die Stadt viele Unterbringungsleistungen zur Verfügung, so daß die erforderlichen 25.000 Schlafplätze vorhanden sind. Anknäher 25 Sonderzertifikate aus allen Zonen werden an verschiedenen Tagen die Besucher befördern. Messekarte mit Fahr-, Quartier- und Messekarten werden ausgeben. Außerdem ist geplant, jedem Besucher täglich ein bis zwei markenfreie Eintopfergerichte zu verabreichen. (DANA)

„Thüringenpaß“ für Geschäftsfreisende. Das Landeswirtschaftsamt Frankfurt a. M. gibt mit Unterstützung der amerikanischen und russischen Verbindungsstellen in Westfalen einen „Thüringenpaß“ für Reisende aus, die in geschäftlichen Angelegenheiten nach Thüringen im Fahrt, heißt es in dem Mitteilungsbild der Industrie- und Handelskammer Frankfurt. (DANA)

1929 Kraftfahrzeuge wurden im Februar hergestellt
Hannover, 19. März. (DANA). 1929 Kraftfahrzeuge, darunter 870 Volkswagen, wurden im Monat Februar von den 8 Automobilfabriken in der britischen Besatzungszone hergestellt.

Soziale Atombombe

Von Ludwig Nepper

Wir geben den nachstehenden Artikel der in ihm enthaltenen, äußerst beachtenswerten Anregung wegen wieder, ohne uns mit allen Vorschlägen und Folgerungen des Verfassers zu identifizieren.

Mit Beginn des neuen Jahres wurde einer AP-Meldung zufolge in der Brown-Johnston Company im Nordwesten des Staates Washington ein neues System eingeführt, das die Beteiligung der Arbeiter an dem Gewinn der Fabriken vorsieht.

Hitler hatte die „Gewinnbeteiligung“ für Aktionäre und Direktoren durchgeführt, leider aber die Arbeiter dabei vergessen. Nun hat Amerika begonnen, das System der Gewinnbeteiligung auch für Arbeiter einzuführen. Diese Tatsache kommt einer kleinen Atombombe gleich. Das Ergebnis in Amerika abzuwarten, heißt Kapitulation vor der eigenen Unfähigkeit, und wäre ein Feigenblatt für Arbeiterfeinde.

Wenn Karlruhe als erste deutsche Stadt das gezielte klare Ziel verfolgt, werden andere Städte unweigerlich mitgerissen. Die „Gewinnbeteiligung“ ist das Fundament für gerechten Lohnaufbau und der kürzeste Weg zur Lösung der sozialen Frage. Die Lohnfrage wäre dann nicht mehr so sehr die des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft hemmende, die Menschen verfeindende, trennende und entzweigende Ursache. Der Klassenhaß würde verschwinden, der Brückenschlag Ost-West hätte praktisch begonnen. Die stumme Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit u. Frieden ginge der Erfüllung entgegen.

Die ungeheure Mehrheit der über 30 Millionen arbeitenden Lohn- und Gehaltsempfänger kämpft für die ungeheure Mehrheit der Arbeitnehmer um den gerechten Lohn gegen eine dünne Schicht von 2-3 Millionen Unternehmern. Die Ursache unzureichender Löhne und die Tatsache der heutigen kapitalistischen Profitwirtschaft liegt in den unkontrollierten und überhöhten Unternehmergewinnen begründet, welche das Aufmarschgebiet der Reaktion bilden. Der Unternehmer bezahlt den Arbeiter für einen bestimmten Zeitpunkt und steckt den Mehrwert der Arbeitsleistung als Gewinn ein.

Ohne Preissteigerung im Gefolge zu haben, kann der gerechte Lohn nur in der Gewinnspanne und über den Weg der „Gewinnbeteiligung“ gefunden werden. „Gewinnbeteiligung“ an den Erträgen der eigenen Arbeit ist ein so natürliche und selbstverständliche soziale Forderung, daß darüber gar nicht gesprochen zu werden braucht. „Gewinnbeteiligung“ wird nicht nur die Lust und Freude an der Arbeit wieder heben, sondern auch die Produktion freiwillig steigern.

Im „gerechten Lohn“ und in nichts anderem sieht der Arbeiter die Existenz und die Lebensgrundlage seiner Familie. Der sogenannte „Geldbettelsozialismus“, welcher nur von der Lohntüte spricht, aber nichts hinein tun will, muß entlarvt werden. „Gewinnbeteiligung“ ist das Zauberwort, mit welchem man einen am Sozialismus gestorbenen Arbeiter wieder zur Wahrung schreiten lassen kann.

Die Arbeiterschaft ist in allen politischen Parteien vertreten und auch in geistigen und kulturellen Dingen verschiedener Ansicht. In Existenzfragen wie „der gerechte Lohn“ hat der Arbeiter jedoch nur eine Meinung und Ziel: Derjenigen unpolitischen Organisation beizutreten, welche in Lohn- und Wohnraumbereitungen seine Interessen durch Taten vertritt. Eine Aufbau-Gemeinschaft von Unternehmern und Arbeitern, welche durch freiwillige „Gewinnbeteiligung“ für ihre Mitglieder das größte Wohnbau-Programm aller Zeiten zum Ziele hat, muß in kürzester Zeit zur größten deutschen Organisation werden.

Die Parole „Profitierer aller Länder enteignen Euch“ muß sich ändern in: „Unternehmer und Arbeiter aller Völker einigt Euch. Nicht der kleinste Teil der deutschen Unternehmer ist es, welcher seit Jahren freiwillig überhöhten Löhne bis 10 Proz. und mehr bezahlt. Diese Beträge in freiwillige „Gewinnbeteiligung“ umgewandelt und dem gemeinschaftlichen Wohnungsbau zugeführt, bedeutet für die Kaufkraftexpansion ein natürliches Ventil.

Die Karlsruher haben für das Hitler-WiW mehr als 12,5 Millionen RM. gespendet. Warum sollten wir heute jährlich nur 10 Proz. dieser Summe aufbringen, wo es gilt, einer edleren Sache zu dienen?

Seit 1933 zweimal in politischer Schutzhaft, verdanke ich mein Leben nur einem süßen Schicksal, welches mich zur Mitarbeit am Wiederaufbau verpflichtet.

Wer da wünscht, die Trennungsgrenzen zwischen den politischen Parteien aufzulockern und auf unpolitische Basis alle aufbauwilligen Kräfte zur Tatgemeinschaft zu vereinen, ist zur demokratischen Mitarbeit eingeladen. 30 Millionen Lohnütten sehen scharf in den Spiegel aller politischen Parteiprogramme. Der deutsche Unternehmer und Arbeiter muß zum ersten Male in der Geschichte eine Brüderchaft des Glaubens an die Einheit und Zukunft Deutschlands bilden. Der Brückenschlag zwischen Ost und West muß gelingen.

